

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,10 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Beilage mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 50 Pf. monatlich. In der Post-Beilage-Preisliste für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte ober dem Raum 40 Pf., für Vereins- und Verkaufsanzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 3. Januar 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Nachklänge vom Boykott.

Wie nicht anders zu erwarten, gehen die Meinungen über die Bedeutung des Friedensschlusses in Sachen des Boykotts sowohl innerhalb der Reihen der Arbeiterschaft wie auch in den bürgerlichen Kreisen weit auseinander.

Freilich würde man sich sehr täuschen, wollte man annehmen, die sich theilweise diametral gegenüberstehenden Urtheile über die Bedeutung der Friedenspräliminarien seien stets der Ausfluß sachlicher Würdigung und nicht beeinflusst durch Interessen und Nebenzwecke.

Solche Nebenzwecke drängen sich auf beiden Seiten vor, sowohl bei denen, welche in den Vergleichspunkten eine vollständige Niederlage der Brauereien und einen Verzicht derselben in ihren Etablissements in Zukunft noch Herr zu sein, wie auch bei jenen Tadeln, welche in dem Vergleich eine Niederlage der Arbeiter und ein Preisgeben ihrer Interessen erblicken wollen.

Es sind in erster Linie parteipolitische Zwecke, die mit diesen Urtheilen verfolgt werden. So haben die Darstellungen der Presse des großen Unternehmertums, als haben die Brauereien, dem Terrorismus der Sozialdemokratie weichen, sich auf Gnade und Ungnade unterworfen, nur den einzigen Zweck, den Schein zu erwecken, als sei die Industrie den Arbeitern gegenüber hilflos und deshalb das Eingreifen der Staatsgewalt unbedingt notwendig. Die Organe der Disziplinarmacht drängen sich auf beiden Seiten vor, sowohl bei denen, welche in den Vergleichspunkten eine vollständige Niederlage der Brauereien und einen Verzicht derselben in ihren Etablissements in Zukunft noch Herr zu sein, wie auch bei jenen Tadeln, welche in dem Vergleich eine Niederlage der Arbeiter und ein Preisgeben ihrer Interessen erblicken wollen.

Es sind in erster Linie parteipolitische Zwecke, die mit diesen Urtheilen verfolgt werden. So haben die Darstellungen der Presse des großen Unternehmertums, als haben die Brauereien, dem Terrorismus der Sozialdemokratie weichen, sich auf Gnade und Ungnade unterworfen, nur den einzigen Zweck, den Schein zu erwecken, als sei die Industrie den Arbeitern gegenüber hilflos und deshalb das Eingreifen der Staatsgewalt unbedingt notwendig. Die Organe der Disziplinarmacht drängen sich auf beiden Seiten vor, sowohl bei denen, welche in den Vergleichspunkten eine vollständige Niederlage der Brauereien und einen Verzicht derselben in ihren Etablissements in Zukunft noch Herr zu sein, wie auch bei jenen Tadeln, welche in dem Vergleich eine Niederlage der Arbeiter und ein Preisgeben ihrer Interessen erblicken wollen.

Es sind in erster Linie parteipolitische Zwecke, die mit diesen Urtheilen verfolgt werden. So haben die Darstellungen der Presse des großen Unternehmertums, als haben die Brauereien, dem Terrorismus der Sozialdemokratie weichen, sich auf Gnade und Ungnade unterworfen, nur den einzigen Zweck, den Schein zu erwecken, als sei die Industrie den Arbeitern gegenüber hilflos und deshalb das Eingreifen der Staatsgewalt unbedingt notwendig. Die Organe der Disziplinarmacht drängen sich auf beiden Seiten vor, sowohl bei denen, welche in den Vergleichspunkten eine vollständige Niederlage der Brauereien und einen Verzicht derselben in ihren Etablissements in Zukunft noch Herr zu sein, wie auch bei jenen Tadeln, welche in dem Vergleich eine Niederlage der Arbeiter und ein Preisgeben ihrer Interessen erblicken wollen.

Es sind in erster Linie parteipolitische Zwecke, die mit diesen Urtheilen verfolgt werden. So haben die Darstellungen der Presse des großen Unternehmertums, als haben die Brauereien, dem Terrorismus der Sozialdemokratie weichen, sich auf Gnade und Ungnade unterworfen, nur den einzigen Zweck, den Schein zu erwecken, als sei die Industrie den Arbeitern gegenüber hilflos und deshalb das Eingreifen der Staatsgewalt unbedingt notwendig. Die Organe der Disziplinarmacht drängen sich auf beiden Seiten vor, sowohl bei denen, welche in den Vergleichspunkten eine vollständige Niederlage der Brauereien und einen Verzicht derselben in ihren Etablissements in Zukunft noch Herr zu sein, wie auch bei jenen Tadeln, welche in dem Vergleich eine Niederlage der Arbeiter und ein Preisgeben ihrer Interessen erblicken wollen.

Es sind in erster Linie parteipolitische Zwecke, die mit diesen Urtheilen verfolgt werden. So haben die Darstellungen der Presse des großen Unternehmertums, als haben die Brauereien, dem Terrorismus der Sozialdemokratie weichen, sich auf Gnade und Ungnade unterworfen, nur den einzigen Zweck, den Schein zu erwecken, als sei die Industrie den Arbeitern gegenüber hilflos und deshalb das Eingreifen der Staatsgewalt unbedingt notwendig. Die Organe der Disziplinarmacht drängen sich auf beiden Seiten vor, sowohl bei denen, welche in den Vergleichspunkten eine vollständige Niederlage der Brauereien und einen Verzicht derselben in ihren Etablissements in Zukunft noch Herr zu sein, wie auch bei jenen Tadeln, welche in dem Vergleich eine Niederlage der Arbeiter und ein Preisgeben ihrer Interessen erblicken wollen.

Es sind in erster Linie parteipolitische Zwecke, die mit diesen Urtheilen verfolgt werden. So haben die Darstellungen der Presse des großen Unternehmertums, als haben die Brauereien, dem Terrorismus der Sozialdemokratie weichen, sich auf Gnade und Ungnade unterworfen, nur den einzigen Zweck, den Schein zu erwecken, als sei die Industrie den Arbeitern gegenüber hilflos und deshalb das Eingreifen der Staatsgewalt unbedingt notwendig. Die Organe der Disziplinarmacht drängen sich auf beiden Seiten vor, sowohl bei denen, welche in den Vergleichspunkten eine vollständige Niederlage der Brauereien und einen Verzicht derselben in ihren Etablissements in Zukunft noch Herr zu sein, wie auch bei jenen Tadeln, welche in dem Vergleich eine Niederlage der Arbeiter und ein Preisgeben ihrer Interessen erblicken wollen.

Es sind in erster Linie parteipolitische Zwecke, die mit diesen Urtheilen verfolgt werden. So haben die Darstellungen der Presse des großen Unternehmertums, als haben die Brauereien, dem Terrorismus der Sozialdemokratie weichen, sich auf Gnade und Ungnade unterworfen, nur den einzigen Zweck, den Schein zu erwecken, als sei die Industrie den Arbeitern gegenüber hilflos und deshalb das Eingreifen der Staatsgewalt unbedingt notwendig. Die Organe der Disziplinarmacht drängen sich auf beiden Seiten vor, sowohl bei denen, welche in den Vergleichspunkten eine vollständige Niederlage der Brauereien und einen Verzicht derselben in ihren Etablissements in Zukunft noch Herr zu sein, wie auch bei jenen Tadeln, welche in dem Vergleich eine Niederlage der Arbeiter und ein Preisgeben ihrer Interessen erblicken wollen.

Es sind in erster Linie parteipolitische Zwecke, die mit diesen Urtheilen verfolgt werden. So haben die Darstellungen der Presse des großen Unternehmertums, als haben die Brauereien, dem Terrorismus der Sozialdemokratie weichen, sich auf Gnade und Ungnade unterworfen, nur den einzigen Zweck, den Schein zu erwecken, als sei die Industrie den Arbeitern gegenüber hilflos und deshalb das Eingreifen der Staatsgewalt unbedingt notwendig. Die Organe der Disziplinarmacht drängen sich auf beiden Seiten vor, sowohl bei denen, welche in den Vergleichspunkten eine vollständige Niederlage der Brauereien und einen Verzicht derselben in ihren Etablissements in Zukunft noch Herr zu sein, wie auch bei jenen Tadeln, welche in dem Vergleich eine Niederlage der Arbeiter und ein Preisgeben ihrer Interessen erblicken wollen.

Es sind in erster Linie parteipolitische Zwecke, die mit diesen Urtheilen verfolgt werden. So haben die Darstellungen der Presse des großen Unternehmertums, als haben die Brauereien, dem Terrorismus der Sozialdemokratie weichen, sich auf Gnade und Ungnade unterworfen, nur den einzigen Zweck, den Schein zu erwecken, als sei die Industrie den Arbeitern gegenüber hilflos und deshalb das Eingreifen der Staatsgewalt unbedingt notwendig. Die Organe der Disziplinarmacht drängen sich auf beiden Seiten vor, sowohl bei denen, welche in den Vergleichspunkten eine vollständige Niederlage der Brauereien und einen Verzicht derselben in ihren Etablissements in Zukunft noch Herr zu sein, wie auch bei jenen Tadeln, welche in dem Vergleich eine Niederlage der Arbeiter und ein Preisgeben ihrer Interessen erblicken wollen.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Am Exil.

41

Roman von Georges Renard. Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Das kommt von dem Rath des Advokatenstandes, sagte sie. Gewiß ist es die offizielle Benachrichtigung, daß Du in die Liste der Pariser Rechtsanwälte wieder eingetragen bist. Vor drei Wochen hast Du Dein Gesuch eingereicht. Sie haben sich mit der Antwort Zeit gelassen.

René empfand eine Regung der Freude. Er sollte also in die Laufbahn wieder eintreten, in der er vorwärts kommen konnte, ohne daß man von ihm verlangte, daß er Protektion oder Staatspapiere besaß. Er öffnete den Brief, aber als er ihn las, erblähte er und wie im Fieber geknitterte er ihn in seiner zitternden Hand.

Was giebt es denn? rief seine Mutter ängstlich. Eine Schmach! Man verweigert mir das Recht zu plädiren, weil ich an der Kommune theil genommen habe. Frau Messant wollte die Nachricht mit eigenen Augen lesen, um sie glauben zu können. Weinend umarmte sie ihren Sohn. Er, der zu aufgebracht war, um ihre Zärtlichkeit erwidern zu können, ballte die Fäuste und ging mit heftigen Schritten im Zimmer auf und nieder.

Diese Lumpen! Diese Feiglinge! rief er. Sie zerbrechen mir mein Werkzeug in der Hand! Sie nehmen mir das Brot vor dem Munde fort! Das war wohl gerade der Mühe werth, mich nach Frankreich zurückkehren zu lassen, wenn sie mich hier zum Verhungern verurtheilen wollen. Aber

ebenso groß wie gegen die herrschenden Klassen, und wo sich irgend eine Gelegenheit bietet, dieser Feindschaft gegen uns Ausdruck zu geben, da sind wir gewöhnt, diese Herren Anarchisten und Unabhängigen auf der Bildfläche erscheinen zu sehen.

Außer den Freunden der Arbeiterbewegung, welche aus dem Vergleich Kapital für ihre reaktionären Absichten schlagen wollen, und den unabhängigen Anarchisten, welche im Trüben zu fischen suchen, giebt es noch eine dritte Gruppe, welche an dem Vergleich keinen Gefallen findet. Es sind dies besonders einige Führer der Brauereiarbeiter und jene Parteigenossen, welche behaupten, es sei von den ausgesetzten Forderungen nichts, oder fast nichts, erreicht worden, und das Wenige, was erreicht worden sei, werde von den Brauereiunternehmern nicht eingehalten werden. Wir haben es hier mit den sogenannten Pessimisten in dieser Frage zu thun.

Das es auch noch Interessenten in der Boykottangelegenheit giebt, welche gegen je den Ausgleich sind, weil dadurch ihr Geschäft leidet und sie letzteres höher stellen, wie das allgemeine Partei- oder Arbeiterinteresse, darauf sei nur nebenher hinzuweisen. Bemerkten wollen wir nur, daß, nach unserem subjektiven Empfinden, dieses Privatinteresse in einer Weise erstarbt war und sich geltend zu machen wußte, daß gerade um dieser Erscheinung willen der ehrenvolle Abschluß des Kampfes willkommen geheißen werden muß.

Was nun die Behauptung betrifft, daß durch den Vergleich keine der Arbeiterforderungen bewilligt worden sei, so kann das nur jemand sagen, der entweder die ursprünglichen Arbeiterforderungen nicht kennt, oder wer mit Absicht die Wahrheit nicht zur Geltung kommen lassen will.

Die Arbeiter haben nach der erfolgten Doppelbestimmung folgende fünf Forderungen aufgestellt:

1. Wiedereinstellung der Arbeiter an ihre alten Posten;
2. Aufrechterhaltung und Anerkennung der bestehenden Brauerei-Arbeiter-Organisationen;
3. Anerkennung des Arbeitsnachweises;
4. Lohnentschädigung für die ausgeperrten Arbeiter;
5. Anerkennung und Freigabe des 1. Mai als Ruhetag.

Von den vorstehenden Forderungen sind die ersten drei entweder ganz oder doch in wesentlichen Punkten zugestanden.

Was zunächst Punkt 1 betrifft, so wird heute, wo der Kampf acht Monate gedauert hat, im Ernste niemand mehr verlangen können, daß die Arbeiter in ihre alten Posten eingestellt werden sollen. Die Wiedereinstellung der Arbeiter nach Bedarf und in erster Linie ist aber zugestanden, ebenso die Zusicherung, daß nach Beendigung der Mälzerei die bis dahin eingestellten Arbeiter nicht in erster Reihe entlassen werden sollen. Gerade letztere Befürchtung wurde von den Führern der Arbeiter bei den früheren Verhandlungen immer ausgesprochen, jetzt, da die gewünschte Zusage gemacht ist, soll dieselbe mit einem Male keinen Werth mehr haben.

Die Forderung 2 ist rund und in vollem Umfange zugestanden. Den Werth dieses Zugeständnisses wird man ermeßen, wenn sich die Kritiker erinnern wollen, daß die Brauerei-Inhaber dahin einig waren, bei längerer Fortdauer des Boykotts jeden organisierten Arbeiter rückwärtslos zu entlassen.

Punkt 3 ist zwar nicht in dem Umfange angenommen, wie die Arbeiter dies erst verlangten, aber es ist der neue Zustand eine weitgreifende Verbesserung gegen die Verhältnisse vor dem Boykott.

Die Arbeiter verlangten Anerkennung des von der Brauerei-Arbeiter-Organisation geschaffenen Arbeitsnachweises. Dieser Nach-

weis sollte ausschließlich von der Arbeiter-Organisation geleitet werden, nur für organisierte Arbeiter funktionieren und die Brauereibesitzer sollten gar keinen Einfluß auf denselben haben.

Ein solcher Arbeitsnachweis mag das Ideal eines solchen Instituts für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sein, aber durchzuführen läßt er sich wohl bis auf weiteres noch in keinem Gewerbe. Daß die Unternehmer bei der Anstellung von Arbeitern sich jedes Einspruchsrecht begeben und jeden Arbeiter zu nehmen verpflichtet sein sollen, der ihnen zugesandt wird, das ist ein Verlangen, das so lange nicht realisiert werden kann, so lange es noch Unternehmer und Arbeiter giebt.

Abgesehen aber von dieser Forderung, bringt das neue Arbeitsnachweis-Statut, eine ganze Reihe von Verbesserungen gegen früher. Zum Beweise mögen hier einige entscheidende Bestimmungen zum Vergleich angeführt sein. Zum Vorhinein sei dabei bemerkt, daß der bisherige Arbeitsnachweis sich immer nur auf die Brauereigesellen, nie aber auf die Hilfsarbeiter bezog. Für diese wird jetzt zum erstmaligen der Arbeitsnachweis von den Unternehmern anerkannt. Was dann die Prozentzahl von Arbeitern betrifft, welche eingestellt werden können, ohne den Arbeitsnachweis zu benötigen, so ist dieser Prozentsatz jetzt für die Großbrauereien erheblich ungünstiger wie vor dem Boykott.

Von entscheidender Bedeutung sind aber die Bestimmungen über die Befugung des Vorsitzenden des zur Leitung des Nachweises berufenen Kuratoriums resp. der Kommission.

Nach § 10 Abs. VI der von den Arbeitern selbst aufgestellten, resp. anerkannten Satzungen des Zentral-Arbeitsnachweises der Brauereigesellen Berlins vom Jahre 1890 war der Vorsitzende der Kommission aus der Zahl der Arbeitgeber und der stellvertretende Vorsitzende aus den Reihen der Arbeitnehmer zu wählen. Wählbar in die Kommission waren nach demselben Paragraphen nur Brauereigesellen, welche mindestens während zwei der Wahl vorangegangener Jahre in Berlin gearbeitet haben.

Die Frage der „freien Auswahl“ war in § 7 wie folgt geregelt: „Sollten Brauereigesellen Brauereien zugewiesen werden, aus welchen dieselben innerhalb der letzten 12 Monate aus irgend einem Grunde entlassen oder ausgetreten sind, oder sollten Thatsachen vorliegen, welche ein gedeihliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht voraussetzen lassen, so bleibt es den Arbeitgebern überlassen, ob sie die betr. Gesellen einstellen wollen oder nicht.“

Solche Kautschulbestimmungen sind also 1890 noch mit Zustimmung der Gesellen — mancher der heutigen Opponenten war dabei — in das Statut, das zunächst auf ein Jahr galt, aufgenommen worden. Ein Jahr später änderten die Herren Unternehmer dann einseitig die Satzungen dahin, daß zu dem Vorsitzenden auch noch der Stellvertreter aus der Reihe der Unternehmer genommen werden mußte; weiter führten sie den Prozentsatz frei einzustellender Arbeiter ein und fügten einen neuen § 20 dem Statut bei, der lautet wie folgt: § 20.

Änderungen dieser Satzungen behält sich der Verein der Brauereigesellen Berlins und der Umgebung jederzeit vor.“ Dieser Arbeitsnachweis bestand bis zum Beginn des Boykotts im Braugewerbe, und nun vergleihe man damit das neue Statut und urtheile dann, ob für die Arbeiter etwas erreicht wurde oder nicht. Wenn aber von den Opponenten, sobald sie in die Enge getrieben werden, immer wieder erklärt wird, es sei gleichgültig, was die Unternehmer zugestanden haben, sie würden die Zugeständnisse doch nicht halten, so fragen wir dem gegenüber, warum haben dieselben Leute, welche

Die fortgeschrittenere Presse, die einer Fehde eher geneigt war, beilegte sich, René's Beschwerde abgedruckt. Aber niemand antwortete darauf. Wie ein in die leere Luft abgegebener Pistolenschuß verhalte die abgeschwächte Knall kaum hörbar. Nur eine konservative Zeitung machte eine kurze Anspielung auf die Geschichte, ohne das Opfer zu nennen, und dies war nur geeignet, niederdrückend zu wirken. In dem übrigens anonymen Artikel wurde gesagt, daß der Ordnungsrath sich eines ersten Verstoßes gegen die Statuten hätte schuldig machen können, da es jedem Advokaten verboten sei, irgend einen anderen Beruf, ausgenommen den eines Publizisten auszuüben, daß die Persönlichkeit, die man kürzlich ausgeschlossen hätte, auch abgesehen von ihrer revolutionären Vergangenheit gegen diese die Würde des Advokatenstandes schützende Bestimmung verstöße und dadurch schon ihren Ausschluß vermerkt hätte. — Besagte Persönlichkeit würde demnach gut thun, hieß es weiter, anstatt einen zweifach begründeten Beschluß anzugehen, durch schweigendes Schweigen die großartige Günstigen Gegenstand sei gewesen, anzugreifen. Man gestand René einiges Bedauern zu, vorausgesetzt, daß er sich ruhig verhalten wollte und rieth der Jugend, sich vor schlechten Lehren zu hüten, indem man auf das traurige Beispiel dieses „Entgleisens“ hinwies, dessen Auftreten früher ein glänzendes, vielversprechendes gewesen, und der seitdem leider — — —

Mit diesem unvollständigen Satze schloß der Artikel peripherweise, um vermuthen zu lassen, daß René seitdem Verbrechen aller Art begangen hätte. Er schämte vor Wuth über diesen Schimpf. Seine erste Regung war, eine Erwiderung zu schreiben. Seine Mutter bat ihn, es nicht zu thun. Wollte er denn immer für einen unverwundlichen Quersanten gelten, sich jede Karriäre verschließen? Mit Widerstreben gab er nach, und mehrere Tage war er wie zu Boden

heute einen so unbegrenzten Pessimismus zur Schau tragen, seinerzeit die Arbeiterforderungen formuliert und aufgestellt, wenn sie doch überzeugt sind, daß die Unternehmer keine derselben einhalten werden, auch wenn sie sich dazu schriftlich verpflichten!

Haben die Vertreter des Pessimismus recht, dann brauchen gar keine Arbeiterforderungen aufgestellt und auch keine Unterhandlungen gepflogen zu werden, dann war einfach der Bierbock in den eisernen Bestand der Partei aufzunehmen, was einzelnen Interessenten allerdings sehr erwünscht gewesen wäre.

Nicht durchgeführt konnten die Forderungen wegen der Malfier und der Lohnschädigung werden. Letztere Forderung fiel mit der langen Dauer der Aussperrung von selbst fort. In bezug auf die Malfier theilen die Brauerei-Arbeiter aber das Geschick der gesammten Arbeiterschaft. Diese Forderung wird nicht verschwinden, aber es wird noch vieler und erbitterter Kämpfe bedürfen, ehe sie durchgeführt werden kann.

Vorläufig ist einer dieser Kämpfe zum Abschluß gebracht und wer ehrlich sein will, muß zugeben, daß er und neben großen Opfern auch einen bedeutenden Erfolg gebracht hat. Diesen anzunehmen und für die Zukunft zu sichern, sollten sich besonders die theilnehmenden Brauerei-Arbeiter angelegen sein lassen. Damit dienen sie ihrer eigenen und der Sache der gesammten Arbeiterschaft mehr, als wenn sie sich in ihrem Unmüthe zum Spielballe, wenn auch nicht unläuterer, so doch sehr ausgeprägter privater Interessen gebrauchen lassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Januar.

Die Regierung und die Umsturzvorlage. Wir sind in den Stand gesetzt, das folgende Rundschreiben des Regierungs-Präsidenten Grafen Hue de Grais zu veröffentlichen:

Der königliche Regierungs-Präsident.
I 2492/12

Potsdam, den 22. Dezember 1894.

Vertraulich.

Dem Vernehmen nach beabsichtigt die sozialdemokratische Partei, in nächster Zeit gegen den Reichstage vorliegenden Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuches, des Militär-Strafgesetzbuches und des Gesetzes über die Presse Protestversammlungen zu veranstalten.

Ich erlaube ergehen, solchen Versammlungen Ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, für sorgfältige Ueberwachung derselben durch geeignete Polizeibeamte Sorge zu tragen und mir über jede wichtigere Versammlung dieser Art unverzüglich zu berichten. Dem Bericht ist eine Darstellung des Verlaufs der Versammlung beizufügen, eventuell genügt ein Zeitungsausschnitt, sofern derselbe den Verlauf zuverlässig wiedergibt. Besonders interessirende Aeußerungen sind thunlichst wortgetreu mitzutheilen.

Daß Ausschreitungen in solchen Versammlungen mit allen gesetzlichen Mitteln ungesäumt und nachdrücklichst begegnet wird, setze ich voraus.

Der Regierungs-Präsident.
Graf Hue de Grais.

In
sämmliche Landräthe pp.

Nach analogen Fällen ist anzunehmen, daß der Regierungs-Präsident von Potsdam hier nicht auf eigene Faust vorgegangen ist, sondern daß die Anregung zu der Verfügung aus dem Ministerium des Innern gekommen und an sämmtliche Regierungs-Präsidenten gegangen ist.

Das Attenstück zeigt, welches hohe Interesse überall den Kundgebungen unserer Partei entgegengebracht wird, und ist deshalb gewiß für unsere Genossen ebenso interessant wie für die Landräthe, an die es eigentlich gerichtet ist.

Öffentlich erhalten die Landräthe nicht aus dem „Vorwärts“ zuerst Kenntniß von der obigen Verfügung ihres Präsidenten.

Die diesjährige Neujahrrede des Kaisers soll unpolitischen Inhalts gewesen sein. Auffallend ist, daß nicht bloß der „Reichs-Anzeiger“, sondern auch die übrigen Blätter und das Wolff'sche Telegraphenbureau den Text derselben nicht veröffentlichen.

Der kommende Mann ist vielleicht doch Graf Baldersee. Man kommentirt wenigstens so den Umstand,

daß der hochkonservative General beim Neujahrsempfang der Generale den schwarzen Adlerorden erhalten hat.

Gegen die Umsturzvorlage hat sich der niederbayerische Bauernbund in seiner letzten Generalversammlung erklärt.

Aus Paris läßt das Herald-Bureau sich telegraphiren:

Paris, 2. Januar. In einer ausführlichen Besprechung über die im Jahre 1894 stattgefundenen politischen Ereignisse haben zahlreiche hervorragende Blätter die zwischen Nord- und Süddeutschland ausgebrochenen Streitigkeiten hervor. Die Blätter behaupten, es sei auf höheren Befehl gesehen, daß die Berliner Presse sich enthalten habe, auf die Provokationen der süddeutschen, besonders der Stuttgarter Blätter zu antworten, um nicht die Einigkeit des Reiches noch mehr zu gefährden.

Es ist wahr, die wirkliche oder angebliche „Verstimmung“ zwischen Süd- und Norddeutschland — alias Berlin und Stuttgart — wird in den französischen Blättern erwähnt; allein es fällt ihnen nicht ein, solchen Frochmäuslerkriegen irgend welche ernsthafte Wichtigkeit zuzuerkennen. Dem Kampf der Reichsregierung gegen die Sozialdemokratie legen die französischen Blätter hundertmal so große Bedeutung bei, und bei ihren Betrachtungen kommen sie zu keinen, der Weisheit und Stärke unserer Machthaber schmeichelhaften Schlüssen. Daß eine Regierung, die sich in einen Kampf mit der stärksten Partei im Lande einläßt, dem Auslande nicht imponiren kann, ist übrigens selbstverständlich.

Neue Liebesgaben für die Agrarier? Die offiziellen „Berl. Polit. Nachr.“ schreiben über die geplanten Vorlagen über Aenderung der Zucker- und Branntweinbesteuerung das folgende:

Die Vorbereitungen für beide Novellen sollen soweit gefördert sein, daß diese binnen kurzem an den Bundesrath gelangen können. Bei der augenblicklichen Lage des landwirtschaftlichen Gewerbes ist kaum anzunehmen, daß die in Rede stehenden Novellen sich in der Richtung der Erhöhung der Einnahmen aus den beiden Produktionszweigen zu Gunsten der Reichskasse, als vielmehr in der Richtung der Milderung des Preisdrucks bewegen werden, der infolge der allgemeinen Lage des Weltmarkts, der Zahlung von Prämien seitens auswärtiger Staaten und der bei uns infolge der Exportabnahme herrschenden Ueberproduktion eingetreten ist.

Daß es sich hier um eine Steuerreform handelt, die die entgegengekehrte Tendenz hat, wie die geplante Tabakfabriksteuer, geht aus der offiziellen Auslassung hervor. Hier will man die Junker und Zuckerbarone entlasten, dort droht man eine Industrie so schwer zu schädigen, daß zehntausende von Arbeitern arbeitslos werden dürften. Das ist die soziale Steuerpolitik im Deutschen Reich.

Lotterien für agrarische Zwecke. Der Weizen der Agrarier blüht, wie noch nie zuvor, wie die folgende Notiz beweist:

Der Minister des Innern hat dem Landwirtschaftlichen Verein zu Frankfurt a. M. die Erlaubniß erteilt, in einem Jahre zwei Lotterien zu veranstalten und die in Aussicht genommenen 240 000 Lose im Bereiche der ganzen Monarchie zu vertreiben. Der Umstand, daß die Landräthe angewiesen sind, diese Erlaubniß des Ministers amtlich zu verbreiten, kommt dem Lotterienunternehmen noch besonders zu Statten. Mehr Entgegenkommen können die Agrarier gar nicht fordern.

Ueber die Köller'sche Korrespondenz schreibt die „Germania“:

Die Berliner Korrespondenz, welche seit einiger Zeit vom königlichen literarischen Bureau als halboffizielles Presorgan herausgegeben wird, hat nicht nur wegen ihres Inhalts — wir erinnern nur an ihre Besprechung des „Halles Liebschnecht“ — und der Art ihrer Verfaßung, wobei „Kreuz-Zeitung“, „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und das Wolff'sche Telegraphenbureau anscheinend eine Bevorzugung erfahren, sondern auch wegen ihres Titels Anstoß erregt. Den Titel „Berliner Korrespondenz“ führt nämlich eine schon seit 24 Jahren in Berlin existirende Korrespondenz, welche hauptsächlich über die gerichtlichen Entscheidungen und sonstigen Vorgänge am Kammergericht in Berlin berichtet. Es ist nun freilich nicht journalistische Gepflogenheit, den Titel einer bereits existirenden Korrespondenz sich anzueignen, auch hat, wie uns der Herausgeber der alten Berliner Korrespondenz schreibt, die Bezeichnung der neuen offiziellen Korrespondenz als „Berliner Korrespondenz“ bereits zu den unliebsamsten Verwechselungen geführt, und soll dies nicht ohne weitere gerichtliche Anfechtung bleiben. Vielleicht entschließt sich Herr Minister von Köller nunmehr, die offizielle Korrespondenz auch als solche zu bezeichnen; am besten wäre es freilich, wenn er dieselbe ganz

grünte, und indem er ihm durch eine Handbegung einen Sessel anwies mit einem schwachen Lächeln kispelte:

„Ich höre, mein lieber Kamerad.“
René setzte ihm auseinander, daß er acht Jahre im Auslande unterrichtet, daß er dort alle Universitätsgrade, die man erwerben konnte, erworben, außerdem den Doktorgrad der Rechte erworben und einen preisgekrönten Roman geschrieben hätte. Er schloß damit, daß er sich um eine Stelle als Lehrer der Geschichte am Gymnasium Chaptal bewerbe, dessen Direktor seinen Fähigkeiten und seiner Hingabe an den Beruf volles Vertrauen entgegenbringe.

(Fortsetzung folgt.)

Die Umsturzvorlage wie sie König Stumm sich denkt.

Der preussische Großindustrielle Freiherr v. Stumm, bekannt unter dem Namen „König Stumm“, erklärte in der Reichstags-Sitzung vom 12. Dezember, er müsse sich dagegen verwahren, daß die Umsturzvorlage nach ihm benannt werde; er würde ein ganz anderes Gesetz ausgearbeitet haben. Dessen sind wir überzeugt! Nach den bekannten Herzogenweigungen des genannten Abgeordneten schlägt die „Deutsche Volkswacht“ eine Umsturzgesetz-Vorlage im Sinne König Stumms vor, die das „Bayerische Vaterland“ ergänzt. Wir lassen den so geänderten Text hier folgen:

- Art. 1. Alle Untertanen des Deutschen Reiches haben der nationalliberalen oder der Reichspartei anzugehören. Zuwiderhandeln werden mit Zuchthaus nicht unter einem Jahr und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit bestraft; auf Sozialdemokraten findet das Jesuitengesetz Anwendung.
- Art. 2. a) Majoritätsentscheidungen werden mit dem Tode bestraft. (Das Königreich Stumm wird den souveränen Fürstenthümern gleichgestellt.) b) Verleumdung von Staatsbeamten vom Schatzmann aufwärts, sowie jede Kritik bestehender Staatseinrichtungen wird mit Zuchthaus nicht unter einem Jahr, c) Verleumdung von Privatpersonen mit einem Einkommen über 10 000 M., sowie Respektlosigkeiten mit Gefängniß bestraft. Die Verurtheilung hat dauernde aktive und passive Wahlunfähigkeit zur Folge.
- Art. 3. Alle politischen Vereine werden aufgelöst.
- Art. 4. Versammlungen jeglicher Art sind untersagt. Ausgenommen sind Kontrollversammlungen, sowie Versammlungen von Aufsichtsräthen und Aktionären.

eingehen lassen würde, denn sie ist so ungeschickt gemacht, daß sie selbst gegenverordneten Blättern ganz oder zum größten Theil als unbrauchbar erscheinen muß.

Ein unvorsichtiger Offizier sibt in der Redaktion des amtlichen „Staatsanzeigers für Württemberg“. Zu seinem Nachruhe auf Franz II., den Erlkönig von Sizilien schreibt er:

„In streng feudalen und bigotten Anschauungen erzogen, verfolgte er hartnäckig eine Politik, die zu seinem Sturz führen mußte.“

Das Organ der schwäbischen Demokratie, der „Beobachter“, bemerkt hierzu:

So schreibt das Amtsblatt einer Regierung, die im Bundesrath einem Umsturzgesetz u. dgl. zustimmen konnte? Oder ist darin ein allerneuester süddeutscher Kurs zu erkennen? Höchste Zeit wäre es, wenn die nicht preussischen Regierungen Deutschlands gegen die feudalen und bigotten Anschauungen, die viele Süddeutsche in der preussischen Politik des neuen Kurzes erblicken, Front machen wollten, welche ja nach dem „Staatsanzeiger für Württemberg“ „zum Sturz führen müssen“, also eigentlich auch „Umsturz“ bedeuten.

Fuchsmühl. Nach den „Neuesten Münchener Nachrichten“ soll der Held von Fuchsmühl, LOM. Baron v. Goller, Bruder des Vorstandes der Geheimkanzlei des Regenten, zum — Landgerichtsdirektor in Passau befördert werden!! — Verühmend dürfte diese Nachricht kaum auf die über die Fuchsmühler Ereignisse aufgeregten Gemüther wirken.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ erscheint seit dem 1. Januar als Tagesblatt. So ist der Wunsch nach einem täglich erscheinenden Kampforgane den österreichischen Genossen endlich in Erfüllung gegangen. Die erste Nummer hat den Umfang von vier Bogen großen Formats. Ihr Inhalt berechtigt zu der Annahme, daß die „Arbeiter-Zeitung“ in noch weit höherem Maße als schon jetzt eine ausgezeichnete Waffe in den Kämpfen der österreichischen Arbeiterschaft sein wird.

Zur „Humanität“ unseres Jahrhunderts. Der schweizerische Korrespondent der „Kreuz-Zeitung“ berichtet:

Auf dem Gebiete der Waffentechnik wird eine neueste Erfindung des schweizerischen Technikers, Hauptmann Gebler, gemeldet. Es handelt sich um eine neue Patrone, deren Zerstückelungskraft auf weite Distanzen die Wirkungen der besten bestehenden Systeme weit hinter sich lasse, ein Projektil in Gestalt einer Kugel, deren vordere Öffnung ein wenig weiter ist als die hintere. Bei dem Verlassen des Laufes eines kleinкалиbrigen Gewehres wurde eine Anfangsgeschwindigkeit von 1215 Meter erzielt; ein Block Tannenholz von nahezu drei Meter Durchmesser wurde durchschlagen. Auf eine Entfernung von 500 Meter beträgt die Geschwindigkeit immer noch mehr als 1000 Meter, auf 2 1/2 Kilometer noch über 800 Meter und die Durchschlagskraft 122 Zentimeter. In neun Sekunden durchfliegt das Geschoss sechs Kilometer und durchbohrt noch 10 Zentimeter Tannenholz.

Natürlich müssen nun alle Kulturstaaten dieses neueste Projektil haben — zum christlichen Massenmord und zum Schutz der „Religion, Ordnung und Sitte“.

Was der Polizei-Anarchist „Ungern-Sternberg“ zu erzählen hat. Die russische Polizei hat sich ein kleines Späßchen erlaubt: sie hat ihren Vopsizelj Jakobowski (den „falschen Baron Sternberg“) mehreren Verhörern unterworfen und das Resultat der „Vernehmungen“ an die belgischen Behörden für den bevorstehenden Anarchistenprozeß geschickt.

Wir lesen darüber in der „Kölnischen Zeitung“: In dem Begleitschreiben erklärt der russische Untersuchungsrichter Burisow, daß das Zusammengehen der Petersburger und der Lütticher Behörden zur Abklärung der Untersuchung über so wichtige Verbrechen unbedingt nötig sei, weshalb eine ausführliche Abschrift der Vernehmungen Jakobowskys folge. Die Vernehmungen Jakobowskys haben am 12. Oktober, am 19., 22., 23. und 24. Nov. stattgefunden. Der „Bombenbaron“ erklärt, 29 Jahre alt, römisch-katholisch, adlig, Schriftsteller und verheirathet zu sein. Seine timberlose Frau Eva Alexandra bewohne das Eigenthum ihrer Mutter zu Adamopol, Gouvernement Grodno. Die ihm zur Last gelegte Beschuldigung, in Lüttich eine Verschwörung zur Verherrlichung, Plünderung und zum Massenmord gebildet zu haben, bestreite er, da er nicht einmal wisse, welche Personen unter den von der hiesigen Staatsanwaltschaft bezeichneten 15 Verschwörern zu verstehen seien. Sollte man damit Anarchisten meinen, so sei zu bemerken, daß es deren in Lüttich allein über 800 gebe. Auch die Betheiligung an dem Dynamitdiebstahl an Chebron stelle er in Abrede, wie er auch niemanden kenne, der denselben verübt habe. An 10 kg Dynamit habe er

Art. 5. Jede Zeitung ist verpflichtet, der königl. Regierung die ganze erste Seite unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, bei Wahlzeiten den ganzen politischen Theil. Als Redakteure und Mitarbeiter dürfen nur pensionirte Offiziere und Militär-anwärter angestellt werden und beziehen einen Gehalt nicht unter Hauptmannsgrade mit dem Anspruch auf den vollen Gehalt als Pension nach fünfjähriger Dienstzeit. Das etwaige Defizit deckt der Verleger, Ueberschüsse sind an das Reich abzuliefern.

Art. 6. Das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht wird abgeschafft. Die 397 Höchstbesteuerten, sofern sie der nationalliberalen oder Reichspartei angehören, bilden den Reichstag. Der Reichstag ist bei Anwesenheit von 10 Mitgliedern beschlußfähig.

Art. 7. Einfachheit, Genügsamkeit und Anspruchslosigkeit sind erste Bürgerpflicht beim gewöhnlichen Volke. Denselben ist Weingenuß absolut verboten, der Genuß von Bier nur im Nothfall erlaubt. Zigarren- und Tabakrauchen ist ihm verboten, Arbeitern, welche 25 Jahre in einer Stellung tadellos gedient haben, ist wöchentlich das Rauchen einer Pfeife oder Zigarre gestattet. Kontravenienten werden mit Gefängniß nicht unter einem Jahre gestraft. — Zum gewöhnlichen Volk zählt jeder, der nicht beamtet, nicht Reserve-Offizier oder nicht über 5000 M. Einkommen hat.

Art. 8. Das Singen aufreizender Lieder wird mit Gefängniß, bei erschwerenden Umständen mit Zuchthaus bestraft. Gestaltet sind außer den Kirchenliedern der „Sang an Regir“, die „Macht an Rhein“ und „Ich bin ein Preuße“. Alles Uebrige gilt als aufreizend.

Art. 9. Die Besteuerung ist progressiv nach unten. Die Untertanen werden in 10 Steuerklassen eingetheilt, die Nummer ist sichtbar am Knebel oder an der Nase zu tragen. — Den Angehörigen der obersten drei Steuerklassen sind von jedermann Honneurs zu erweisen; Achtungsverletzungen gegen sie werden mit Prügelstrafe geahndet.

Art. 10. Die Untertanen haben zufrieden zu sein und ihre Hauptpflichten: Steuerzahlen, Soldatssein, Maulhalten mit Freudigkeit und Begeisterung zu erfüllen. Ausdrücke der Unzufriedenheit gelten als Vorbereitung zum Hochverrath und werden mit Verbannung nach Afrika, das der Diktatur des Kanzlers Leitz unterstellt wird, bestraft.

Art. 11. Wer Untothmähigkeit zeigt oder ahnen läßt, wird zerschmettert.

Art. 12. Jeder Untertan wird auf den Geh als Grunddogma vereidigt: Suprema lex Regis voluntas. Der Zweifel davon gilt als Weineid und wird mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren bestraft.

allerdings eine zeitlang befehen, aber ohne jeden verbrecherischen Zweck. Dasselbe sei ihm von einem deutschen Anarchisten „Theodor“, dessen Familiennamen er sich zu nennen weigere, übergeben worden. Nachher habe er den Sprengstoff in die Maas geworfen. Von demselben Theodor habe er auch eine Bombe erhalten, die er aber zurückgegeben habe, da er sie nicht habe gebrauchen wollen. Von den Anschlägen auf das königl. Theater, die Wohnung des Bürgermeisters, die Jakobstraße und das Renjon'sche Haus weiß er nichts. Er habe der „Bastin'schen Anarchistengruppe“ angehört, die den General Londo und den Senator Longchamps hätte vernichten wollen, hieron aber abgekommen sei, weil die Häuser zu schatz überwacht worden seien. Zur Zeit der beiden ersten Attentate sei er krank gewesen. Erst am folgenden Tage, am 22. April, habe er von den Genossen Jooris und Matthias (Berg?) etwas hierüber vernommen. Sicher sei, daß Jooris an dem Bombenanschlag auf das Theater theilgenommen. Der Anschlag gegen den Bürgermeister sei ausschließlich das Werk der „deutschen Anarchistengruppe“. Zur Zeit der Explosion an der Jakobstraße während der Nacht vom 28. zum 29. April habe er sich in dem Café Angèle zu Lüttich befunden und sich dann zu seiner Wohnung auf dem Pont d'Artois begeben wollen, dieser aber von Polizei bewacht gefunden und sich daher noch an demselben Abend nach Maastricht geflüchtet, von welchem Zeitpunkt ab er nicht mehr über die belgische Grenze gekommen sei. In Maastricht habe ihn der deutsche Anarchist Richard Müller, den er dort mitgenommen, gefunden, die Bombe an der Jakobstraße gelegt zu haben. Am 28. April, zur Zeit der Explosion bei Renjon, sei er in Amsterdam gewesen, doch habe er schon im April den Richard Müller in Lüttich sagen hören, daß er den Landgerichtsrath Renjon durch Dynamit zu tödten beabsichtige. Ueber die Gründe, die ihn bewegen hätten, sich den Namen Sternberg beizulegen, verweigert Jakobowski „vorläufig“ die Auskunft; doch gesteht er, den Genossen die Erlaubnis erteilt zu haben, diesen falschen Namen unter die in Lüttich vertheilten anarchistischen Drohbrieve zu setzen. Er habe die Lütticher Anschläge bedauert, dagegen Wilhelm Broich erklärt, daß er dafür sei, die Spielbank in Monte Carlo in die Luft zu sprengen. Der Waffenfabrikant John Arnold und der Student Deblanc seien keine Anarchisten und völlig unschuldig. Nach seinen Aussagen ist Jakobowski bis zum 2. Mai in Maastricht verblieben und dann nach Amsterdam gereist. Ueber viele Punkte der Untersuchung verweigert er jede Auskunft. Alle Aussagen des falschen Barons stehen mit denjenigen der übrigen Angeklagten in grossem Widerspruch. Da die angeklagten Anarchisten Jakobowski, Journalist Cornelius in Amsterdam und Redakteur Wliegen in Maastricht ihrer Verhaftung keine Folge leisteten, so wurden sie neuerdings durch öffentlichen Anschlag zur Stellung aufgefordert. Nach zehn Tagen wird diese Aufforderung erneuert, worauf das Schwurgericht berechtigt ist, ohne Mitwirkung der Geschworenen und ohne Zulassung eines Verteidigers das Abwesenheitsurtheil zu erlassen. Dieses Erkenntnis kann schon am 17. Januar, also am vierten Tage der Schwurgerichtsverhandlungen, gegen die abwesenden Angeklagten ergehen.

Der hier erwähnte Wliegen ist kein „Anarchist“, sondern steht auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms. Die Polizei-Anarchisten haben aber bekanntlich von jeder Instruktion gehabt, die Sozialdemokraten mit den Anarchisten zu gedruckt zu werfen. Natürlich lügt er, wie es seinen Brotgebern in den Kram paßt. Ueber den geheimnißvollen „Theodor“ kann vielleicht Herr Theodor Reuß in Berlin Auskunft erteilen.

Der Crispi soll bei dem gestrigen Neujahrsempfang in Rom von dem König mit besonderer Freundlichkeit behandelt worden sein. Da Herr Crispi die Telegramme zensur, haben wir es vielleicht mit einer der bekannten Crispinischen Tendenzlügen zu thun. Ist's aber wahr, nun — so ist König Humbert beflissen, die bekannte Prophezeiung Mazzini's, daß Crispi der letzte Minister des Hauses Savoyen sein werde, wahr zu machen.

Der Brief Cavallotti's an die Wähler und seine Wirkung. — Crispi am Pranger. Ungeheures Aufsehen und gewaltigen Eindruck in allen politischen Kreisen und in den Organen aller Parteien macht der eben veröffentlichte Brief Cavallotti's an seine Wähler mit seinen ganz neuen Enthüllungen ebenso wie mit seinen Verästelungen der Anlagen durch Giolitti's Dokumente. Im Nachfolgenden einige Auszüge aus dem Briefe:

Crispi wird zuerst als schamloser Lügner entlarvt in seinem Bericht an den König zur Begründung des Gewaltstreikes der Vertagung der Kammer. „Das Wort Furcht steht nicht in meinem Wörterbuch“, sagt der oberste Minister des Landes, und in demselben Augenblick, wo er als ein ehrloser Thäter Angellager vor der Kammer steht und sich rechtfertigen und verteidigen soll, mißbraucht er mit Lug und Trug ein königliches Dekret und schiebt seine Anklagen nach Hause. Jedes Wort in dem Bericht an den König ist eine offenkundige, den eben vor aller Welt geschehenen Thatfachen höhnisch sprechende Lüge, und ich frage hiermit vor dem Lande als Helfersbester Crispi's den Präsidenten Biancheri an, dessen erste Pflicht es gewesen wäre, öffentlich und beim König gegen diese Lügen und Verleumdungen der Kammer zu protestiren.“ Durch neu veröffentlichte Briefe wird hierauf von Cavallotti die Kompagnieschaft Crispi's mit dem nun zu Zuchthausstrafe verurtheilten Wechselhändler und früheren Abgeordneten Chiara aufgedeckt, dem es gelang, im Januar 1892 von Zanlongo 300 000 Franks für Crispi und sich aus der Banca Romana herauszuladen. — „Wie viel haben alle die betrügerischen Abmachungen und Zuwendungen von Zanlongo aus der öffentlichen Staatskasse seit nun 4 Jahren dem Lande gekostet? Gering gerechnet mit allen Verlusten die horrenden Summe von 80 Millionen Franks. Hunderte sind an diesen Zuwendungen theilhaftig, aber Crispi hat mit seinen unbegahlten Wechsellern in den Kassen der beiden Staats- und Nationalbanken geradezu gewohnt. — Zu welchen Händen sind die öffentlichen Gelder der Nation befanden und welchen Zweck diese höchsten Institute der Staatsbanken dienen, das geht aus folgendem Briefwechsel hervor.“

Und nun veröffentlicht Cavallotti mit vollem Wortlaut zwei Briefe. Ein solcher Briefwechsel ist noch nicht erdört worden, seit eine Staatsgeschichte existirt, er bildet einen Brennpunkt des Cavallotti'schen Briefes an seine Wähler, der in Wahrheit eine klammernde Ansprache an das italienische Volk ist. Von diesem Briefwechsel spricht heute alle Welt in Italien, wo zwei Menschen auf der Gasse zusammenstehen, unterhalten sie sich davon. Der erste Brief ist geschrieben von Sacerdoti, dem Zeitjournalisten und intimsten Kommisar Crispi's und gerichtet an den Bankdirektor Zanlongo. Sacerdoti schreibt am 28. November 1890: „Mein lieber Freund! Ich dränge notwendig und eilig das Formular (il modulo) zu dem neuen Gesetz, von dem wir gestern gesprochen haben, unser gemeinschaftlicher Freund Crispi (amico comune Crispi) muß es haben, bevor die Thronrede entworfen ist.“ Und nun sendet unterm 29. November Bernardo Zanlongo, dessen ganzes verbrecherisches Treiben Crispi damals genau kannte, folgende Antwort: „Lieber Herr Sacerdoti! Demselben sende ich das kleine Gesetzesformular (il piccolo modulo), damit es noch ja zur Erklärung unserer Lage in das bevorstehende Einkünfte — lies: die Thronrede zur Eröffnung der Kammer — eingefügt werde. — Also lautet das „modulo“: „Meine Regierung wird dem Lande einen Gesetzesvorschlag über eine neue Bankemission vorlegen — Vermehrung

des Notenumlaufs und Feststellung der Pluralität der Banken — zur Entwicklung der Industrie (I) und zur Stütze des Kredits.“

Es folgt in dem Briefe Cavallotti's ein Passus, der mit Entlarvung von Crispi's wahren Charakter den König Humbert persönlich aufs tiefste berühren muß; er heißt: „Ich verweigere Ihnen, Herr Crispi, das Recht, sich an den König, an die Krone und an den Hof zu klammern, den König zu mißbrauchen als Ihren Schild und Schutz, Ihnen, der in der Öffentlichkeit mit höchster Ehrfurcht vom König spricht und in Privatkreisen in einer solchen Weise verächtlich von ihm spricht (sparla), wie es kein wirklicher Anarchist wagen würde.“ — (Crispi, der früherer Bombenfabrikant ist hier in seinem Wesen gezeichnet.)

Es folgt die Aufdeckung des ganzen schmutzigen Handels der Verschönerung des hohen italienischen Ordens San Maurizio an Cornelius Herz. „Sie, Herr Crispi, haben Ihre persönlichen Nachseher, den edlen Abgeordneten von Catania, De Felice, auf 20 Jahre in das Zuchthaus zu Volterra gebracht unter der Bedingung, verzeuherischen Beschuldigung, Geld von Frankreich erhalten zu haben, um Sylliken von Italien loszurufen. Nun sehen Sie her: Das einzige französische Geld, das ein Italiener zu schwachvoller That bekommen und genommen hat, sind die 50 000 Franks, die Sie, Herr Crispi, aus dem Hand der Kanaille des Panamastandals von Frankreich in die Tasche gesteckt haben.“

Es ist unmöglich, ohne den Rausch des „Vorwärts“ übermäßig in Anspruch zu nehmen, auf alle die vernichtenden Enthüllungen des Briefes einzugehen. Cavallotti schließt: „Italien hat das Recht und in erster Linie das nothwendige Bedürfnis, in einer gesunden, in einer weniger verpesteten Luft zu athmen, als sie der Ministerpräsident Crispi um sich verbreitet.“

Ich wiederhole, die Wirkung des Briefes im ganzen Lande ist ungeheuer; sie wächst noch immer mehr. In diesem Augenblick langen aus allen Provinzen hunderte von Depeschen an die beiden großen radikalen Blätter Railonds an, die von dem Eindruck Kunde geben. Eine große Zahl von Versammlungen sind in vielen Städten angefangen, darin der Brief diskutiert werden soll. Soeben veröffentlicht Cavallotti aus Rom im „Secolo“ eine salimantare Depesche, die sich gegen das unglaublich insame Treiben von Crispi's Zeitpresse in Rom wendet, dazu auch Ausländer, wie der Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ gehören. Er warnt in dieser alle von Crispi aus den öffentlichen Kassen des Landes, nicht etwa aus Crispi's eigener Kasse, bezahlten Journalisten ernstlich davor, ihn in dieser Weise durch Beschimpfungen und Lügen über seinen Brief zu reizen. Er habe noch nicht den dritten Theil der Aktenstücke veröffentlicht. Er besitze mehr als noch zwei Drittel und darunter die genauen Angaben mit Namen und Zahlen der Gelder, die die einzelnen für Crispi gekauften Journalisten erhalten haben; es habe ihn bisher gekostet, diese zu veröffentlichen.

Die Kolonien sind fast stets auch Kriegsschauplätze, dies gilt vor allem von den neuen Kolonien in Afrika. Wir Deutsche wissen davon genug zu erzählen. Ein Trost ist es nicht, daß es den Italienern nicht besser geht. Aus Rom kommen wieder Nachrichten von kriegerischen Ereignissen in der afrikanischen Kolonie Italiens. Dieselben lauten:

Nach einer Depesche aus Massauah vom heutigen Tage ist der Marsch des Generals Baratieri auf Adua durch Nachrichten veranlaßt worden, nach denen Rasmanagasha und Rasagos im Begriffe ständen, ihre Truppen zu vereinigen. Baratieri wollte sich deshalb versichern, daß im Falle eines Angriffes der Demwische die Italiener nicht eventuell auch von Aethiopen her angegriffen werde. Baratieri unterhandelt mit anderen Führern in Tigre, welche ihre freundliche Haltung gegenüber Italien nicht geändert haben. Die militärische Demonstration Baratieri's ist vollständig gelungen.

Richterbeeinflussungen in Serbien. Aus Belgrad wird dem Herald-Bureau telegraphirt:

Einem Gerücht zufolge soll den Richtern im Sach-Debinac-Prozesse mit Pensionierung gedroht worden sein, falls sie die Angeklagten freisprechen würden.

Derartige Dinge kommen natürlich nur hinten weit in der Türkei vor. In Kulturstaaten soll es sich freilich auch schon ereignet haben, daß Richter, die zufällig übereifrig in politischen Prozessen im Sinne der Regierung geurtheilt haben, zufällig rasche Karriere gemacht haben und daß Richter, die dies nicht thaten, durch Verweisung an Zivilgerichte dem Dilemma zwischen Rechtsprechung und politischer Rechnungstragerei entzogen wurden.

Der Nationalitätenhader auf der Balkanhalbinsel hat wieder einmal zu bedauerlichen Ausbreitungen geführt. Hierher wird aus Sofia gemeldet:

In Philippopol griffen 2000 Griechen das in Flamiata belegene bulgarische Kloster an, wobei sie große Ausschreitungen begingen. Die Polizei war völlig machtlos; weßhalb Militär zu deren Unterstützung requirirt werden mußte. Bei dem Handgemeine wurden viele Personen verwundet. 20 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Parlamentarisches.

Einführung des Strafverfahrens gegen Genossen Stadhagen. Im Reichstag hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den schleunigen Antrag eingebracht, den Reichstagspräsidenten zu ersuchen, zu veranlassen, daß gegen den Abg. Stadhagen wegen Beleidigung der Berliner Polizeibeamten schwebende Strafverfahren für die Sessionsdauer eingestellt werde.

Parteinachrichten.

Achtung! Genossen und Genossinnen! Dem Drange nach persönlicher Freiheit, der immer mehr sich geltend macht, suchen die herrschenden Klassen durch reaktionäre Gesetze hemmend entgegen zu treten, während andererseits Gesetze, deren Grundlagen durch die fortgeschrittene kulturelle Entwicklung längst zerstört sind, große Schichten der Bevölkerung in einem Sklavenjoch halten. Eine der schlimmsten dieser Gesetze ist die Gesinde-Ordnung, welche denjenigen, die ihr unterstellt sind, das wichtigste der Menschenrechte, das Koalitionsrecht, nicht gestattet. Ferner giebt die Gesinde-Ordnung der Herrschaft das Recht, die Diensthöfen körperlich zu züchtigen, ein schmachvolles Recht, welches oft in brutalster Weise ausgeübt wird. Die Frauen-Agitationskommission hält es um so mehr für ihre Pflicht, für die Abschaffung der Gesinde-Ordnung einzutreten, als gerade der größte Theil der Diensthöfen dem weiblichen Geschlechte angehört und in Folge der geringeren Widerstandskraft unter den Parteien des Geschlechts mehr zu leiden hat, als ihre männlichen Schicksalsgenossen. Die Frauen-Agitationskommission wird zu dem Zwecke in diesem Monate zwei Volksversammlungen abhalten zu denen der Reichstagsabgeordnete Genosse Mollenbühr über die zeitgemäße Thema die Reserte übernommen hat. Die erste Versammlung wird am Dienstag, den 15. Januar bei Keller, Kopenstr. 29 und die zweite am Dienstag, den 22. Januar in Reichert's Festsaal in der Müllerstraße stattfinden. Die Gewerkschaften ersuchen wir, möglichst Rückstuf auf diese Versammlungen zu nehmen und fordern die Genossen und Genossinnen auf, fleißig für den regen Besuch der Versammlungen zu agitiren.

Die Frauen-Agitations-Kommission.

Von der Agitation. Genosse Gerisch referirte am dritten Weihnachtstage in Plauen, seinem Wahlkreise, vor gut besuchter Versammlung über „Die Vorlagen des Reichstags“. Besonders eingehend behandelte er selbstverständlich die Umsturzvorlage, dieselbe einer vernichtenden Kritik unterwerfend. Der Vortragende schloß mit einem warmen Appell an die Genossen, in den der Partei bevorstehenden ersten Zeiten fest zusammenzufehen, dann werde die Sozialdemokratie über alle Gegner triumphiren. Reicher Beifall lobte den Redner.

Ueber die Umsturzvorlage sprach der Reichstags-Abgeordnete Bloß in einer stark besuchten Versammlung in Stuttgart. Nach Beendigung des Referats nahm die Versammlung die nachstehende Resolution einstimmig an: „Die heutige sehr zahlreiche besuchte große Volksversammlung der Arbeiterklasse in Stuttgart erklärt sich mit den Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Wilh. Bloß in allen Theilen einverstanden. Sie betrachtet die sogen. Umsturzvorlage als ein gemeinschaftliches, dem Kulturfortschritt widerstrebendes Produkt, welches geeignet ist, die friedliche Entwicklung zu hemmen. Sie erklart in der Vorlage eine Entweidungserklärung der herrschenden Klassen, dazu angehan, Furcht und Schrecken zu erregen, um unter diesem Merkmal um so bequemer einen neuen Aderlaß am Volkskörper vornehmen zu können. Die Versammelten erklären: Der Blut- und Eisenpolitik der herrschenden Klasse den stählernen Willen der Arbeiterschaft entgegen zu setzen und sie verächtlichen sich, jetzt schon darauf hinzuwirken, daß bei einer event. Reichstagsauflösung Stuttgart durch einen Sozialdemokraten vertreten wird.“

In einer Vertrauensmänner-Konferenz des 18. hannoverschen Reichstagswahlkreises in Stade beschloß man, zur Leitung der Agitation im Kreise eine fünfgliedrige Agitationskommission zu wählen. Ferner wurde beschlossen, die Rede Bebel's und Bennigsen's vom 15. Dezember in Broschürenform herauszugeben und im ganzen Kreise zu verbreiten. Um bei einer eventuellen Reichstagsauflösung gerüstet zu sein, stellte man den Genossen Kerl-Bremen als Kandidaten auf.

In einer Renjahrsberachtung zählt die „Sächs. Arb.-Ztg.“ alle von Dresdner Berichten über Sozialdemokraten im Laufe des Jahres verhängten Strafen auf. Es ist ein langes Register. Das Gesamtergebnis ist folgendes: 55 Personen sind zusammen zu 11 Jahren 4 Monaten, 2 Wochen Gefängnis und 199 Personen zu 18 005 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Davon entfallen allein auf die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ 25 Monate 6 Tage Gefängnis und 3605 M. Geldstrafe. Erinnern wir uns, so schließt unser Bruderorgan seine Betrachtungen, dann noch der verschiedenen Verhaftungen, Beschlagnahmen, Polizeistrafen, der unzähligen Maßregelungen unserer Vereine und Versammlungen, der vielen Ausweisungen unbenommen gewordener Ausländer, denken wir ferner noch der Bewurteilung der 5 Soldaten zu 74 Monaten und 6 Wochen Gefängnis, so können wir wohl mit Recht sagen, daß sich die „staatliche Ordnung“ bei uns eines Schwebes erfreut, um den sie die staatliche Ordnung anderorts wirklich beneiden kann. Auf der anderen Seite können aber auch wir erklären, daß wir uns als Partei ebenfalls sehr beneidenswerth fühlen und da wir alle Aussicht haben, daß dieser beneidenswerthe Zustand auch im neuen Jahre bestehen bleiben wird, so wird es jedermann erklärlich finden, daß wir uns und unsern Lesern, Freunden und Parteigenossen ein ebenso vergnügtes und lustiges neues Jahr wünschen, wie das alte war. Und damit heißt Neujahr!

Wozu eine Verschärfung der Strafgesetze, so heißt es in einem Schreiben aus dem Führerrevier — kommen unsere Behörden im Kampfe mit der Sozialdemokratie mit dem bestehenden Recht doch so vortrefflich aus. Schließlich kommt doch alles auf die Auslegung an und tritt dann wirklich einmal ein Fall ein, den der Gesetzgeber nicht vorgezehen hat, nun so muß man den Gesetzgeber ein wenig corrigiren. Und wozu wären denn die Verwaltungsbehörden da? — In Dortmund war kürzlich, wie der „Vorwärts“ bereits mitgeteilt, eine Frauenversammlung, in der Fr. Löwenherz-Neuwied referiren sollte, verboten worden. Die Dortmunder Frauen fügten sich natürlich dem Verbot, beschloßen aber, ohne die Polizei vorher davon pflichtschuldigst in Kenntniß zu setzen, die Gründung eines Bildungsbereichs für beide Geschlechter. Der Verein wurde zu allem Ueberflus auf der Polizei angemeldet mit dem Bemerkten, daß öffentliche Angelegenheiten nicht erörtert werden sollten. Am Sonntag, den 30. Dezember, sollte nun die erste Mitgliederversammlung stattfinden; in der Anmeldung war nochmals auf die nichtpolitische Tendenz des Vereins und der geplanten Versammlung hingewiesen worden. Die Anmeldebefreiung wurde auch ansichtslos erteilt und alles schien gut gehen zu wollen. Das Verbot erging nun frevelmüßigen Vorhändens des Bildungsbereichs schon nach wenigen Stunden. Die Versammlung ist auf Grund des Verbotgesetzes § 8 Abs. 1 und 3 verboten, sagte ihm der Inhalt des empfangenen amtlichen Schreibens. Die Reichslage ist nun für den Verein selbst für unsere Verbältnisse eine etwas verzwickte. Der Verein besteht, die Namen der Vorstandsmitglieder sind der Behörde mitgeteilt, die Entfaltung einer Thätigkeit ist ihm durch das Verbot schon seiner ersten Versammlung unmöglich gemacht. Formell besteht der Verein, faktisch ist er nicht vorhanden. Und dieses glänzende Resultat wurde erreicht — hören Sie, Herr v. Köller — nicht durch Anlagenschrift, Zeugenvernehmung und scharfsinnig begründeten Nichterspruch, sondern durch Benutzung eines einzigen Quartbogens mit fünf Schriftzeilen Inhalt.

Sozialistische Landarbeiter-Verbände. Im Roskilde-Kreise in Dänemark haben in diesen Tagen abermals neun Landarbeiter-Versammlungen stattgefunden und sind sechs neue sozialistische Landarbeiter-Verbände geschaffen. Es sind nun im Roskilde-Kreise im ganzen zwölf Verbände mit etwa 600 Mitgliedern begründet worden. In der Stadt Roskilde sind alle Gewerkschaften organisiert, außerdem giebt es den sozialdemokratischen Verein und den sozialistischen Verein „Der Veteran“. Auch im Ringsted-Kreise und im Sorö-Kreise wurden eine Reihe Versammlungen abgehalten und vier neue Verbände begründet.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Genosse Seige in Börsned (Schüringen) mußte das neue Jahr im Gefängnis antreten. Er hat eine angebliche Beleidigung eines Freiherrn von Erffa mit zehn Wochen zu büßen.

— Wegen Beleidigung des Leipziger Stadtraths und der Stadtverordneten wird auf Beschluß dieser beiden Körperschaften gegen die „Leipziger Volkszeitung“ der Strafantrag gestellt werden.

— Sämmtliche Mitglieder des aufgelösten Mädchenn- und Frauen-Bildungsvereins Nürnberg haben ein Strafmandat von je 3 M. erhalten. — Der Nürnberger Magistrat scheint sehr zu brauchen. Wegen Beschimpfung eines Polizeibeamten anlässlich der Vornahme einer Hausfuchung verurtheilte das Nürnberger Landgericht den Betroffenen zu 30 Tagen Gefängnis. Die Staatsanwaltschaft hatte 2 Monate beantragt.

— „Verurtheilungen“ bildeten den Gegenstand einer schöffengerichtlichen Verhandlung in Nürnberg. In einer Arbeiterversammlung, in welcher über den in einer Metallschlößerei ausgebrochenen Streik verhandelt wurde, machte ein Redner die Bemerkung, er sei der Meinung, daß alle Arbeiter, welche Streibreaker machen, der öffentlichen Schande preisgegeben werden sollen. Ein anderer Redner äußerte sich über einen am

Streit sich nicht beteiligenden Arbeiter, das derselbe nicht mehr als Kollege zu betrachten und außerdem mit Verachtung zu kraßen sei. Die beiden Redner wurden auf Grund der einschlägigen Bestimmung der Reichsgewerbeordnung zu je 1 Tag Gefängnis verurteilt.

Soziale Uebersicht.

Mit dem heutigen 1. Januar 1895 treten die ärztlichen Kollegien in Unfallversicherungs-Angelegenheiten in Wirksamkeit. In jedem Regierungsbezirk Preußens ist am Sitze der Kerkzlammer ein Kollegium eingesetzt worden. Aufgabe dieser ärztlichen Kollegien soll es sein, Ober-Gutachten zu erstatten, und zwar nicht nur in streitigen medizinischen Fragen, sondern auch dann, wenn die vorliegenden ärztlichen Gutachten unzureichend sind. Jedes Kollegium besteht aus drei Mitgliedern und sechs Stellvertretern. Die Wahl ist in der Weise erfolgt, daß aus der Mitte von je zwölf im Bezirke jeder Kerkzlammer wohnhaften geeigneten Ärzten die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Kollegiums seitens des Ober-Medizinal-Ausschusses bestimmt worden sind.

Wie in Deutschland amtliche Enqueten über Arbeitsverhältnisse gemacht werden, haben wir kürzlich an dem Beispiel der hessischen Regierung gezeigt. Diese nimmt Erhebungen auf über die Arbeitsverhältnisse und die Lebenshaltung der Industriearbeiter. Die Kreisämter sind angewiesen worden, diese Untersuchungen vorzunehmen, bei den Gewerbevereinen, sowie in den industriellen Kreisen und in den Fabriken. Von der Befragung von Arbeitern ist kein Wort gesagt. Unser hessisches Bruderorgan, das „Offenbacher Abendblatt“, bringt über die Angelegenheit einen bemerkenswerten Artikel und zählt darin alle diejenigen Faktoren auf, welche von Reichswegen zu den Erhebungen hätten hinzugezogen werden müssen. Da könnten die Gewerbevereinsbeisitzer angegeben, so heißt es dort, was für Lohn- und Kündigungsschindereien in der letzten Zeit ihnen bekannt geworden sind; die Vorsitzenden der Gewerkschaftskartelle würden die Arbeiterorganisationen bezeichnen, deren Angehörige eben am schlimmsten von der Krise betroffen sind; die Krankenkassen könnten über die Gesundheitsverhältnisse Auskunft erteilen und der Fabrikinspektor würde alle diese Mitteilungen kontrollieren und ergänzen; außerdem müßten die Armenverwaltungen der Städte darüber gehört werden, wie es mit ihren Erfahrungen aus den letzten Wochen steht. Die Arbeiterpresse könnte benützt werden, um Aufrufe und Anfragen wegen Dessenigen zu erlassen, was noch nicht aufgedeckt u. s. w. Wir haben in Hessen zahlreiche Stellen, die hierbei mit Freuden mitwirken würden. In Offenbach, Jfenburg, Mainz und Siegen Gewerbevereine, in Darmstadt allerdings noch nicht, trotz langjähriger Petitionieren der Genossen; wahrscheinlich hat die Darmstädter Bürgermeisterei geglaubt, daß das Gewerbeamt bei solchen Erhebungen doch umgangen werden würde, und sie hat ihm deshalb eine Beschämung dadurch ersparen wollen, daß sie es vorläufig gar nicht ins Leben rief. Wir haben Ortskrankenkassen und Arbeiterverbände derselben in Darmstadt, Mainz u. s. w. Wir haben eine große Anzahl ausgebildeter freier Hilfsklassen mit kundigen Leuten an der Spitze, namentlich auch in Offenbach. Wir haben zwei Fabrikinspektoren mit mehreren Hilfsbeamten. Wir haben Gewerkschaftskartelle in Darmstadt, Mainz, Offenbach, Jfenburg u. s. w. mit tüchtigen Vorsitzenden. Wir haben überall Fachorganisationen, die ausgezeichnet über die Lage ihrer Berufsangehörigen unterrichtet sind. Fast keine Branche ist ohne einen Verein, der nicht ausführende Auskunft über die augenblickliche Lage geben könnte, über die Arbeitsverhältnisse der Schuhmacher und Portefeulien in Offenbach, der Holzarbeiter und Rüfer in Mainz u. s. w. Wir haben endlich Arbeiterblätter in Mainz, Siegen, Offenbach, die sofort bereit wären, beliebigen Platz für Bekanntmachungen zur Erforschung der Arbeiterlage zur Verfügung zu stellen. Es ist also alles vorhanden, um die denkbare zuverlässigste Ausführung der Erhebung zu unterstützen. Und was ist die Regierung?? Sie läßt alle diese Hilfsmittel links liegen und weist die Kreisämter nur an, sich, bei den Gewerbevereinen, den industriellen Kreisen und in den Fabriken zu erkundigen. Sie zieht also die Organisationen der Unternehmer in Großindustrie und Handwerk ausdrücklich heran, läßt aber die Organisationen der Arbeiter mit deutlicher Absicht unberührt.

Ein evangelisch-sozialer Kursus wird vom 13. bis 15. Januar in Eberfeld stattfinden. Die Vorträge mit Diskussion werden folgende Gegenstände behandeln: „Kapital und Arbeit, ihre Zusammengehörigkeit, ihr relativer Interessengegensatz und die anstrengende Harmonie beider“ (Redakteur Dr. Johannes-Mehndt); „Fachabteilungen in den Gewerbevereinen“ (Pastor Werth); „Die sozialdemokratische Zukunftsgesellschaft im Spiegel der Dichtung“ (Vic. Weber); „Der Staatssozialismus, seine Verwirklichung und seine Grenzen“ (Hofprediger a. D. Stöder). Außerdem wird Reiseprediger Stuhlmann sprechen über: „Die Stellungnahme der Rheinischen Kreissynoden zur Mitarbeit der Kirche an der sozialen Frage“.

Das Spielen der Marcellaise — eine Ordnungswidrigkeit. Einem Gastwirth Destmann in Neuhoß bei Harburg ist vom Landrat die Abhaltung von Tanzlustbarkeiten „bis auf weiteres“ verboten worden. Selbst einer Privatgesellschaft wurde nicht gestattet, ein Vergnügen dort abzuhalten. Die „Ordnungswidrigkeiten“ dürften nach Ansicht des Gastwirthes Destmann darin zu suchen sein, daß einige Gäste in Gegenwart zweier Gendarmen, als diese eines Tages ins Lokal gekommen sind, sich von den Musikern die Arbeiter-marcellaise auffüllen ließen. Vielleicht hat Destmann sich auch „Ordnungswidrigkeiten“ zu schulden kommen lassen, indem er sein Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen hergab. Herr Destmann wird natürlich Beschwerde einlegen. Der Herr Landrat wird ja dann wohl mit seinen „Ordnungswidrigkeiten“ herausrücken müssen, damit die Nachwelt nicht im Unklaren darüber bleibt, was alles im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte an der Reize des 19. Jahrhunderts als „ordnungswidrig“ erachtet worden ist.

Einem schwungvollen Schmuggel mit Zigarren haben eine Anzahl Schaffner der Reichs-Eisenbahn, die auf den zwischen Frankfurt a. M. und Basel fahrenden Schnellzügen den Dienst versahen, betrieben. Sie kauften die Zigarren in Basel ein, umgingen den Zoll und verkauften die Zigarren, die sie verpackt in den Schnellzügen mit nach Frankfurt a. M. nahmen, dort sehr billig. Die Waare ging wegen ihrer Wohlfeilheit rasend ab und die Schaffner hatten einen guten Verdienst. Jetzt ist aber die Sache entdekt worden und die Strafkammer in Mühlhausen hat die Schaffner wegen Steuerhinterziehung zu 920 bis 15 000 M., bei Nichtzahlung der Strafe zu Gefängnisstrafe bis zu neun Monaten, ferner zur Zahlung des Wertes der Zigarren verurteilt. Die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen in Elbförthringen aber ist für die Strafe haltbar erklärt worden. Auch die Pfälzische Bahnverwaltung und die Hessische Ludwigsbahn waren geladen. Die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen hat Berufung gegen das Urteil eingelegt.

Streikerlauf in Zürich. Anlässlich der Streikbewegung während des letzten Sommers in Zürich hat das Bürgerthum seine städtische Macht dazu benützt, seiner Empörung über die „begehrlichen Arbeiter“ paragrafirten amtlichen Ausdrück zu geben. Bei Veranlassung der allgemeinen Polizeiverordnung im Großen Stadtrath (Stadtverordneten-Kollegium) beschloffen die bürgerlichen Vertreter gegen die Opposition der Sozialdemokraten, in dieselbe Bestimmungen gegen die Streikbewegung aufzunehmen. Die Regierung des Kantons Zürich hat nun die Verordnung genehmigt mit Ausnahme der Streikvorschriften, die

zum Theil beanstandet, zum Theil gänzlich zurückgewiesen wurden. Die gegen die Streikbewegung stichtenden Sätze lauten: „Es ist untersagt, fremde Wohnungen und Werkstätten, Geschäftslokale, Bauplätze, Lagerplätze oder andere Lokale zu betreten oder zu umstellen, um Arbeiter und Arbeitgeber in der Ausübung ihres Berufes zu hindern oder zu stören. Ebenso ist verboten, gegenüber Arbeitern irgend welchen Zwang anzuwenden, um sie von der Arbeit abzumachen oder abzuhalten, denselben zu diesem Zwecke abzusperren, sie zu verfolgen, sie gegen ihren Willen zu begleiten oder sonst zu belästigen.“ — Diese Bestimmungen werden von der Regierung als eine Erweiterung strafrechtlicher Bestimmungen, insbesondere über die Hausfriedensstörung und die Nötigung erklärt, wozu die gesetzliche Berechtigung fehle. Die Regierung sagt dann ferner, wenn man durch obige Bestimmungen Ausschreitungen bei Streiks in weiterem Maße, als das Strafgesetzbuch es gewährt, treffen wollte, so hätte man auch die Gegenmittel, welche von der anderen Seite bei solchem Anlaß angewendet zu werden pflegen, in Betracht ziehen dürfen. Indem die Bestimmungen der Verordnung sich nur wider die Arbeiter richten, erscheinen sie auch einseitig und insofern nicht durchaus gerecht. . . .

Es ist wohl das erste Mal, daß von einer Regierung jene verdeckte Klassenpolitik, welche unter dem Mantel scheinbar gleicher Behandlung von Arbeiter und Arbeitgeber Ausnahmesege gegen die Arbeiter schmiedet, offen und rückhaltlos bloßgelegt wird. Daß die Mache solch' niedriger, demagogischer Klassenpolitik in ehrlischer Grobheit von einer Staatsregierung gegenüber einer bürgerlichen, städtischen Vertretungs- und Verwaltungsbehörde (der kleine Stadtrath, Magistrat, hat dabei auch mitgewirkt) vernichtet wird, macht den Fall nur noch interessanter und beachtenswerther.

Ferner ist es wohl auch das erste Mal, daß eine Staatsregierung mit der traditionellen Auffassung, nach welcher der „Arbeitgeber“ sozusagen zur „Obrigkeit“ gehört und namentlich in Streikfällen stets die Staatsmacht auf seiner Seite hat, bricht und auf die „Gegenmittel“ hinweist, welche die Unternehmer bei Streiks anzuwenden pflegen und welche gar häufig die Probe auf das Gezeck nicht aushalten.

Der nicht nur beanstandete, sondern von der Genehmigung ganz ausgeschlossene Passus lautet: „Ausländer sollen im Wiederholungsfalle der kantonalen Polizeibehörde (Staatspolizei) mit dem Antrag auf sofortige Wegweisung zugeführt werden.“ Die Regierung begründet ihre Ablehnung damit, daß obige Bestimmung zu weitgehend, zu hart und „geradezu gefehdlich“ sei. Damit ist den im Kampfe um den Profit von reaktionärer Wuth befallenen Unternehmern ein recht wohlthätiger Dämpfer aufgesetzt.

Gewerkchaftliches.

Achtung, Hilfsarbeiter! Der Streik bei Simon u. Co. dauert ununterbrochen fort, der Zugang ist bis auf weiteres fern zu halten. Sammelstellen sind in Empfang zu nehmen und abzuliefern bei dem Unterzeichneten und des Sonnabends von 6—8 Uhr Abends bei Buhle, Grenadierstr. 33. — Karl Willner, Bergmannstr. 11.

An die Bäcker und Mäntelarbeiten! Für die Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Berufes finden am Montag, den 7. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Söwemünder Gesellschaftshaus, Söwemünderstr. 36, und am Dienstag, den 8. Januar, in Hofmann's Gestülden, Drantenstr. 180, zwei öffentliche Versammlungen statt. Das Referat hat Frau Jhrer und Genosse Rattutat übernommen, die über unsere diesjährigen Forderungen sprechen werden. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um recht lebhaftest Betheiligung gebeten. — Zihmann, Weier, Wehrnd.

Achtung, Goldleistenarbeiter! In der Goldleistenfabrik von Rehrberg u. Zempel, Barmbe, haben die Politurarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil das Zwischenmeister-System wieder eingeführt werden soll. Zugang ist strengstens fernzuhalten. Die Ortsverwaltung, der Filiale Hamburg-Barmbe, Arbeiterfreundliche Blätter des In- und Auslandes werden um Abdruck gebeten.

Die Vereinigten dänischen Fachvereine hielten dieser Tage in Aarhus eine Versammlung ab, auf welcher der Maler Jensen interessante Mittheilungen machte zur Geschichte der Entwicklung der Fachvereinsbewegung. Die dänische Fachvereinsbewegung hat einsehen gelehrt, daß in erster Reihe die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erstreben sei. Das Resultat war denn auch derartig, daß die Arbeiter allen Grund hätten, zufrieden zu sein. Durch statistische Untersuchungen einheimischer Nationalökonomien wäre erwiesen, daß allein in Kopenhagen in den zehn Jahren 1880 bis 1890 700 000 Kronen als Hilfe bei Streiks oder für Aussperrungen gezahlt seien. Das entspräche, auf die organisierten Arbeiter vertheilt, einem Betrage von 1 1/2 pCt. ihres Arbeitslohnes, während in derselben Zeit der Arbeitslohn selbst um etwa 10 pCt. gestiegen sei. Das beweise, wie sinnlos die Behauptung sei, die Arbeiter würden durch die Fachvereine ruinirt. Die Organisation sei eine gegenseitige Versicherung, die gerade so natürlich sei, wie die Versicherung gegen Krankheit oder Unfälle. Die Fachvereine seien eine Art Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, niedrigen Lohn und lange Arbeitszeit. Anfangs hatte man in Dänemark versucht, die Bewegung tot zu machen, später durch Festnahme der Führer sie zu lähmen, dann hätte man durch allherhand Gegenorganisationen versucht, ihnen ein Paroli zu bieten, bis man in letzter Zeit den Versuch gemacht hätte, durch Prozesse gegen die Parteipresse die Bewegung zu unterdrücken. Alle diese Mittel wären aber vergebens gewesen und hätten höchstens bewirkt, daß die Organisationen sich fester fügten und ihnen mehr Achtung entgegengebracht wurde.

„Eine englische Gewerkchaft zertrümmert“ — mit dieser etwas sensationellen Epigramme berichten mehrere sozialdemokratische und bürgerlich-demokratische Blätter über den angeblichen Untergang der Union der Seelente und Heizer, die von der Uebermacht des Kapitalismus vollständig erdrückt worden sei und sich habe auflösen müssen. In einigen Blättern finden wir dieser Notiz die bekannte Moral angefügt, daß eine gewerkchaftliche Organisation nicht möglich sei, wenn das Kapital sich bis zu einem gewissen Punkt konzentriert und organisiert habe. Die Notiz ist ebenso unrichtig wie die Moral. Die fragliche Trades Union ist nicht „zertrümmert“, sondern nur in der alten Form aufgelöst und ist im Begriffe, nach Abschneidung des alten Junksopfes sich auf neuer festerer Grundlage zu reorganisieren. Und was die „Moral“ betrifft, so sollte man wirklich nicht vergessen haben, daß sie durch den großen Kohlenarbeiter-Streik genügend widerlegt worden ist. Verwechsle man doch nicht den junksopfigen „alten“ Tradesunionismus mit der modernen Gewerkchaftsbewegung, welche die politische Organisation nicht ausschließt, sondern deren notwendige Ergänzung bildet.

In den Carnegie-Werken ist wieder ein Streik ausgebrochen. Eine Depesche aus Newyork meldet hierüber: Sechshundert Arbeiter aus den Carnegie-Stahlwerken in Braddock (Pennsylvanien) sind wegen einer Lohnherabsetzung in den Ausstand eingetreten. Die Werke werden polizeilich bewacht. Man befürchtet eine Ausbreitung des Streiks auf die Arbeiter der Carnegie-Werke in Homestead.

Veranstaltungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule (Südost) hielt am 28. Dezember v. J. eine nur mäßig besuchte Versammlung ab, in der Genosse Sassenbach über die „Anquisition“ sprach. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag ließ der Vorsitzende eine lebhafte Aufforderung zum Beitritt in die Arbeiter-Bildungsschule folgen, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Der deutsche Metallarbeiterverband (Filiale Nord) beschloß sich in seiner letzten Mitgliederversammlung mit dem von der Filiale Nürnberg gestellten Antrag auf Erhöhung der Beiträge von 15 auf 30 Pf. Im Zusammenhange damit stand ein Antrag der Filiale Jentrum, die Beiträge auf 20 Pf. zu erhöhen und die Reise-Unterstützung von 2 Pf. auf 1 1/2 Pf. pro Kilometer herabzusetzen. Diese Vorschläge fanden in der Versammlung entgegengesetzten Widerstand und wurden zurückgewiesen. Hierauf gelangte ein Antrag der Verwaltung zur Annahme, der die Filialen in drei Bezirke eintheilt. Die Wahl der Verwaltung ergab folgendes Resultat: Bevollmächtigte, Kurgas und Enk; Kassirer, Kühn und Reichelt; Revisoren, Riefe, Bätich und Frau Schmidt; Schriftführer, Kind; Hilfskassirer, Gärtig, Kofler und Frießner; Beitragsammler, Behn, Röber und Andres. Die Bibliothek-Kommission bilden die Mitglieder Görtis, Dietrich und Kahle; die Beschwerdekommision Bentler, Hanse und Fride.

Von der Brauerei Friedrichshöhe erhalten wir folgende Berichtigung:

Nach dem Bericht Ihres werthen Blattes vom 1. Januar hat in der Nixdorfer Versammlung ein Herr R. Richter unzer Bezeichnung auf den neuen Arbeitsnachweis als Grund gegen die Aufhebung des Boykotts angegeben, daß die Pakenhofer Brauerei in den letzten Tagen schnell acht Mann eingestellt habe.

Zur Richtigstellung erklären wir hiermit, daß wir zu dem gesteigerten Weihnachtsgeschäft ausbühmweise fünf Mann gebraucht, welche mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß ihre Beschäftigung nur eine vorübergehende sei, am Freitag, den 28. v. M., Vormittags 10 Uhr, eingestellt und gestern, Montag, Nachmittags 4 Uhr — also noch vor Inkrafttreten des neuen Arbeitsnachweises — wieder ausgestellt wurden.

Hochachtungsvoll
Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe,
vormals Pakenhofer, Seeger.

Für Steglitz und Friedenau fand am 1. Januar im „Kurhaus“ eine öffentliche Volksversammlung statt behufs Stellungnahme zur Aufhebung des Boykotts. Das Referat hielt Jubeil, der nach eingehender Besprechung aller der Momente und Nebenumstände, welche die Boykottkommission veranlaßten, die Aufhebung des Boykotts zu beantragen, der Versammlung empfahl, sich den Beschlüssen der Berliner Arbeiter-Gesellschaft anzuschließen. Auch ihm sei es schwer geworden, sich dem Majoritätsbeschlusse der Kommission zu fügen und er hätte sich entschieden getraut, das Referat für eine der vielen Berliner Versammlungen zu übernehmen; jetzt nach vollendeter Thatsache könne er nur rathen, sich nicht gegen die Aufhebung zu sträuben, die sonst mehr Schaden wie Nutzen würde. (Beifall.) — Für den Antrag der Boykottkommission sprachen hierauf Tischler No 9, Zimmerer Fritsche und Schriftföher Schneider, gegen denselben Gastwirth Gärtner und die Brauerei-Arbeiter Dreher und Ebel. In seinem Schlusswort stellte Jubeil den Ausführungen Gärtner's gegenüber nochmals fest, daß in der Sitzung der Boykottkommission, wo die sieben Punkte berathen wurden, die Vertreter der Brauerei-Arbeiter sich leider dazu ausgesprochen hätten; nichts desto weniger gehen sie jetzt, nachdem es zu spät ist, mit der Absicht um, Protestversammlungen einzuberufen. Nachdem Gärtner eine von ihm beantragte Resolution zurückgezogen, gelangte nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die zc. Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten für Aufhebung des Boykotts einverstanden, behält sich aber vor, genau darauf zu achten, daß die Brauereien ihr Wort halten, um eventuell den Kampf aufs neue aufzunehmen. Ferner verpflichten sich die Genossen, solche Lokale nicht zu besuchen, deren Wirthe der Kommission bei ihrem ersten Rundgange grob und höhnlisch entgegengetreten sind. — In die Lokalkommission für Steglitz wurden Krüger, Bernje und Spiegel gewählt; für Friedenau erklärte nur Hille, die Wahl anzunehmen; die Wahl der übrigen Kommissionsmitglieder mußte deshalb vertagt werden. Zum Schluss wurde zu zahlreichem Erscheinen in der am Dienstag, den 8. d. M., bei Schellhase in Steglitz stattfindenden Versammlung des Arbeitervereins aufgefordert.“

Stenide. Am 27. Dezember v. J. fand hier eine Versammlung statt, in der eine Filiale des Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereins gegründet wurde. Die Versammlung wählte zur Leitung der Geschäfte den Genossen Knüppel als Bevollmächtigten, den Genossen Haase zum Kassirer und die Genossen Karge und Kubow zu Schriftführern. Die Mitgliederversammlungen finden jeden Sonntag nach dem 15. des Monats statt.

Deveschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Braunau, 2. Januar. In einem Walde in der hiesigen Umgebung fanden heute Ansammlungen von etwa 6000 Personen statt, die auf den im Landvolke verbreiteten Glauben, in jenem Walde erscheine die Mutter Gottes, zurückzuführen sind. Als die Gendarmen gegen die Ansammlungen einschreiten mußten, wurden zwei Personen leicht verletzt. Gendarmenverstärkungen sind abgegangen.

Röln, 2. Januar. Wie die „Rölnische Zeitung“ meldet, bleibt der Betrieb auf dem Schacht der alten Beche „Westphalia“ in Dortmund trotz des Brandschadens aufrecht erhalten.

Rara, 2. Januar. Nach amtlichen Nachrichten aus Spalato ist es daselbst in der Spätnacht vor dem Café Trocoli zwischen kroatisch gesinnten Mitgliedern des Sokolvereins sowie der Feuerwehr auf der einen und italienisch gesinnten Bürgern auf der anderen Seite zu Ausschreitungen gekommen, die jedoch von der Gendarmerie und der Ortspolizei bald unterdrückt wurden. Das Strafverfahren gegen die Schuldigen ist eingeleitet und die nothwendigen Verfügungen sind getroffen worden.

(Deveschen-Bureau Herold.)

Stuttgart, 2. Januar. In dem heutigen Regierungsblatte wird das königliche Wahlausschreiben, nach welchem die Landtags-Wahlen auf den 1. Februar festgesetzt sind, publizirt.

Wien, 2. Januar. In gutunterrichteten Kreisen wird behauptet, Graf Khuen Hederwary werde mit der Kabinettsbildung betraut. Dagegen kommt eine Meldung aus Budapest, wonach die liberale Partei auf Schaffung eines Kabinetts Banffy beharre.

Budapest, 2. Januar. Der Minister des Innern hat verfügt, daß gegen die f. z. aufgelöste rumänische Nationalpartei, welche sich jetzt wieder zu konstituieren scheint und Wählerkreise zu machen versucht, energisch vorgegangen werde.

Leipzig, 2. Januar. Die großen Schneefälle, welche in den letzten Tagen eintreten, haben in verschiedenen Gegenden Galizien Verkehrsstörungen in größerem oder geringerem Umfange veranlaßt. Mehrere Eisenbahnstrecken sind verschneit.

Rom, 2. Januar. Gerüchweise verlautet, daß Kabinet werde in aller Kürze zurücktreten und der König die Demission annehmen. Man spricht ferner davon, daß ein Senator mit der Neubildung beauftragt werden solle und Roselli und Caracci in das neue Ministerium eintreten würden. Je nach Lage der Verhältnisse dürfte dann die Kammer einberufen und eine Neuwahl vorgenommen werden.

Todtenschan

organisirter Parteigenossen Berlins und der Umgegend für das Jahr 1894.

- Georg Erdmann, Arbeiter, Mitglied des 6. Wahlvereins. 8. Januar.
- Hermann Knötsche, Mitglied des 3. Wahlvereins. 4. Januar.
- Julius Schnürle, Mitglied des 4. Wahlvereins. 7. Januar.
- Fritz Scheidner, Töpfer, Mitglied des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und der Umgegend. 9. Januar.
- Jugo Panzer, Geschäftl. Mitglied des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend. 14. Januar.
- Gustav Freyer, Maurer, Mitglied des Arbeiter-Bildungsvereins für Schöneberg. 16. Januar.
- Johann Schulz, Droschkentischer, Mitglied des Vereins Berliner Droschkentischer. 18. Januar.
- August Spann, Arbeiter, Mitglied des 6. Wahlvereins. 24. Januar.
- Robert Weisenborn, Töpfer, Mitglied des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgegend. 28. Januar.
- Christian Säger, Droschkentischer, Mitglied des Vereins Berliner Droschkentischer. 2. Februar.
- Wilhelm Preuß, Puger, Mitglied des 6. Wahlvereins. 8. Februar.
- Michael Kortalla, Hausdiener, Mitglied des Verbandes der Geschäftsdienner, Pader und Berufsgenossen. 9. Februar.
- Paul Willmann, Buchbinder, Mitglied des Verbandes der Buchbinder u. s. w. 9. Februar.
- Otto Beschoner, Mitglied des Volks-Bildungsvereins für Brix und die Umgegend. 13. Februar.
- Otto Jilmer, Töpfer, Mitglied des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und der Umgegend. 21. Februar.
- Otto Schenk, Mitglied des Verbandes deutscher Gold- und Silberarbeiter. 23. Februar.
- Conrad Stein, Mitglied des Verbandes der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. 1. März.
- Otto Eichler, Mitglied des 6. Wahlvereins. 1. März.
- Karl Supra, Mitglied des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 2. März.
- Rudolf Weinhold, Mitglied des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 3. März.
- Paul Müller, Tapezierer, Mitglied des 2. Wahlvereins. 8. März.
- Georg Küster, Arbeiter, Mitglied des 6. Wahlvereins. 9. März.
- Karl Woyde, Mitglied des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. 13. März.
- Robert Delbrich, Mitglied der Freien Vereinigung der Holzgerber und Lederzurichter. 17. März.
- Georg Jaehn, Modellsur, Mitglied des Gauvereins Berliner Bildhauer. 27. März.
- Johann Meyer, Böttcher, Mitglied des 6. Wahlvereins und des Zentralvereins deutscher Böttcher. 27. März.
- Max Hähnel, Steinbildhauer, Mitglied des Gauvereins Berliner Bildhauer. 30. März.
- Albert Meyer, Schlosser, Mitglied des 4. Wahlvereins und des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend. 1. April.
- Theodor Wiegand, Hutmacher, Mitglied des Unterstützungsvereins deutscher Hutmacher und des sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins für Adlershof. 5. April.
- Louis Fischer, Hutmacher, Mitglied des Unterstützungsvereins deutscher Hutmacher. 10. April.
- Richard Heer, Metallbrücker, Mitglied des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend. 11. April.
- Hubert Langmich und Johann Palastowich, Hutmacher, Mitglieder des Unterstützungsvereins deutscher Hutmacher. 12. April.
- Benisch, Tischler, Mitglied des Arbeiter-Bildungsvereins für Steglitz und die Umgegend. 14. April.
- Cornelius, Schankwirth, Mitglied des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirths Berlins und der Umgegend. 15. April.
- Georg Joseph, Mitglied der Freien Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen. 20. April.
- Emil Neergard, Vergolder, Mitglied des Verbandes der Vergolder u. s. w. 29. April.
- Friedrich Lange, Droschkentischer, Mitglied des Vereins Berliner Droschkentischer. 30. April.
- Karl Geu, Mitglied des Vereins zur Wahrung der Interessen sämtlicher Knopfmacher Berlins und der Umgegend. 2. Mai.
- Julius Karbe, Musiker, Mitglied der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins und der Umgegend. 3. Mai.
- Gustav Lichtenstein, Schriftsteller, Mitglied des 2. Wahlvereins. 6. Mai.
- Karl Herrath, Schankwirth, Mitglied des 2. Wahlvereins und des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirths Berlins und der Umgegend. 12. Mai.
- Paul Gossing, Barbier, Mitglied des 6. Wahlvereins. 13. Mai.
- Grunow, Rohrlieger, Mitglied des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ zu Nixdorf. 23. Mai.
- Adolf Schmidt, Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 23. Mai.
- Wilhelm Fleischer, desgl. 26. Mai.
- Georg Müller, Bisteur, Mitglied des 6. Wahlvereins. 31. Mai.
- Karl Grieb, Schlosser, Mitglied des 6. Wahlvereins. 1. Juni.
- Oskar Behmet, Mitglied des Vereins zur Wahrung der Interessen der Stodarbeiter. 1. Juni.
- Karl Bergemann, Mitglied des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. 3. Juni.
- Felix Specht, Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und des 4. Wahlvereins. 6. Juni.
- August Brendel, Mitglied des Vereins zur Wahrung der Interessen sämtlicher Knopfmacher und Arbeiterinnen Berlins und der Umgegend. 12. Juni.
- Albert Neumann, Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 18. Juni.
- Albert Schneider, Schmied, Mitglied des Arbeiter-Bildungsvereins „Zukunft“ zu Reinickendorf. 26. Juni.
- Emil Hoffmann, Gärtler, Mitglied des deutschen Metallarbeiter-Verbandes. 27. Juni.
- Franz Benz, Mitglied des 4. Wahlvereins. 29. Juni.
- Karl Ahmus, Rohrlieger, Mitglied des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend. 30. Juni.
- Gustav Siegmund, Mitglied des Verbandes der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen. 3. Juli.
- F. Ziethe, Silberarbeiter, Mitglied des Verbandes der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen. 3. Juli.

- Bernhard Gurlitt, Mitglied der Vereinigung der Maler, Lackirer und Anstreicher. 3. Juli.
- Adolf Klinge, Mitglied des Unterstützungsvereins deutscher Hutmacher. 7. Juli.
- Arthur Hegener, Steinbrücker, Mitglied des Vereins der Lithographen, Steinbrücker und Berufsgenossen. 7. Juli.
- Adolf Drähler, Tischler, Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 7. Juli.
- Fritz Bollandt, Mitglied der Freien Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen. 8. Juli.
- Wilhelm Peisch, Mitglied des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer und Berufsgenossen Berlins und der Umgegend. 9. Juli.
- Georg Lücke, Steinbildhauer, Mitglied des Gauvereins Berliner Bildhauer. 11. Juli.
- Karl Scholz, Schankwirth, Mitglied des 1. Wahlvereins und des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirths Berlins und der Umgegend. 17. Juli.
- Franz Neubert, Klempner, Mitglied des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend. 18. Juli.
- Albert Littel, Schlosser, Mitglied des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend und des 6. Wahlvereins. 23. Juli.
- August Hühner, Puger, Mitglied des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und des 6. Wahlvereins. 25. Juli.
- Karl Streich, Puger, Mitglied des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. 27. Juli.
- Rudolf Kohlhart, Buchbindermeister, Mitglied des 3. Wahlvereins und des Verbandes der Buchbinder u. s. w. 8. August.
- Karl Rasche, Puger, Mitglied des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. 8. August.
- Otto Diehe, Lithograph, Mitglied des Vereins der Lithographen, Steinbrücker und Berufsgenossen Deutschlands. 9. August.
- Willy Hasche, Schlosser, Mitglied des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend. 11. August.
- Berthold Niedeck, Fräger, Mitglied des Vereins der Lithographen, Steinbrücker und Berufsgenossen Deutschlands. 12. August.
- J. Birzynski, Mitglied des Vereins der Bauanschläger Berlins und der Umgegend. 12. August.
- Adolf Müller, Gärtler, Mitglied des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend. 13. August.
- Andreas Wedel, Drechsler, Mitglied der Freien Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen und des 6. Wahlvereins. 14. August.
- Richard Böhlke, Maler, Mitglied des 6. Wahlvereins und der Vereinigung der Maler, Lackirer und Anstreicher. 16. August.
- Karl Langner, Mitglied des Verbandes aller der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. 19. August.
- Otto Schmidt, Mitglied des Zentralvereins deutscher Böttcher. 21. August.
- Karl Föhner, Mitglied des Verbandes der Geschäftsdienner, Pader und Berufsgenossen. 23. August.
- Agnes Babnig, Mitglied des Vereins deutscher Schneider und Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen, und des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins für Berlin und die Umgegend. 28. August.
- J. Buchholz, Mitglied des Vereins der Einseher (Tischler) Berlins und der Umgegend. 29. August.
- Ferdinand Krüger, Schleifer, Mitglied des Vereins der Lithographen, Steinbrücker und Berufsgenossen Deutschlands. 1. September.
- Wilhelm Hoffmann, Schneider, Mitglied des dritten Wahlvereins und des Verbandes der Schneider u. s. w. 2. September.
- Paul Rätz, Mitglied des vierten Wahlvereins, der Freien Vereinigung der Bureau-Angestellten und des Verbandes der Schneider u. s. w. 2. September.
- Paul Brückner, Mitglied des 1. Wahlvereins. 3. September.
- Gustav Jannuschek, Mitglied des 6. Wahlvereins und des Unterstützungsvereins deutscher Hutmacher. 8. September.
- Ernst Platzkowski, Instrumentenarbeiter, Mitglied des 4. Wahlvereins und des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 9. September.
- Franz Langemann, Mitglied des 3. Wahlvereins und der Freien Vereinigung der Zeitungspediteure und Verleger. 11. September.
- Paul Graf, Mitglied des Verbandes der Vergolder u. s. w. 12. September.
- Paul Schott, Mitglied des 3. Wahlvereins und des Verbandes der Buchbinder u. s. w. 20. September.
- Ernst Fröschke, Gerber, Mitglied des 6. Wahlvereins. 20. September.
- Gustav Schulz, Mitglied des Vereins der Töpfer u. s. w. 22. September.
- Friedrich Siczak, Zimmerer, Mitglied des 6. Wahlvereins und des Vereins der Zimmerer Berlins und der Umgegend. 23. September.
- August Wegner, Fraiser, Mitglied des 6. Wahlvereins und des Verbandes der in Holzbearbeitungsfabriken u. s. w. Beschäftigten. 28. September.
- Frau Frida Allen, Mitglied des Verbandes der Schneider u. s. w. 4. Oktober.
- Benjamin Otto, Mitglied der Freien Vereinigung der Getreide-träger und Speicherei-Arbeiter. 5. Oktober.
- Heinrich Hanke, Rohrlieger, Mitglied des Verbandes aller in der Metallindustrie u. s. w. Beschäftigten. 11. Oktober.
- Gustav Geelhaar, Puger, Mitglied des Arbeiter-Bildungsvereins für Friedenau und Steglitz. 12. Oktober.
- Wladislaus Rytkowski, Mitglied des Unterstützungsvereins der Kupferschmiede. 15. Oktober.
- Alex Schneider, Klempner, Mitglied des Verbandes aller in der Metallindustrie u. s. w. Beschäftigten. 17. Oktober.
- Julius Strauch, Mitglied des Vereins der Einseher (Tischler). 18. Oktober.
- Adolf Thöns, Mitglied des Unterstützungsvereins der Kupferschmiede Deutschlands. 21. Oktober.
- Albert Schaal, Dreher, Mitglied des 6. Wahlvereins und des Verbandes aller in der Metallindustrie u. s. w. Beschäftigten. 24. Oktober.
- Wilhelm Hasche, Kupferschmied, Mitglied des 1. Wahlvereins und des Unterstützungsvereins u. s. w. 28. Oktober.
- Julius Sasse, Vergolder, Mitglied des Verbandes der Vergolder u. s. w. 30. Oktober.
- Wilhelm Schulze, Schneider, Mitglied des Verbandes der Schneider u. s. w. 4. November.
- Paul Härtel, Holzbildhauer, Mitglied des Gauvereins u. s. w. 4. November.
- Hermann Benoschneider, Tischler, Mitglied des 4. Wahlvereins und des Holzarbeiter-Verbandes. 9. November.

- Otto Erdmann, Kürschner, Mitglied des 6. Wahlvereins. 14. November.
- Hermann Barth, Kartonzuschneider, Mitglied des 4. Wahlvereins. 14. November.
- Erdmann Schnapke, Tischler, Mitglied des 6. Wahlvereins. 14. November.
- Robert Thomas, Schankwirth, Mitglied des Vereins Berliner Gastwirthsgehilfen. 14. November.
- Gustav Wierke, Maurer, Mitglied des 6. Wahlvereins. 14. November.
- Reinhold Bernicke, Schankwirth, Mitglied des 6. Wahlvereins. 21. November.
- Heinrich Knabe, Mitglied des Vereins der Einseher (Tischler). 24. November.
- Hermann Senft, Stereotypenr, Mitglied der Freien Vereinigung der Stereotypenre und Galvanoplastiker Berlins und der Umgegend. 25. November.
- Johannes Tschusch, Lackirer, Mitglied des Verbandes aller in der Metallindustrie u. s. w. Beschäftigten. 26. November.
- Wilhelm Müller, Mitglied des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 27. November.
- Gustav Heyden, Sticker, Mitglied des Textilarbeiter-Verbandes. 28. November.
- Emil Gorchert, Metallbrücker, Mitglied des Verbandes aller in der Metallindustrie u. s. w. Beschäftigten. 1. Dezember.
- O. Januschka, Mitglied des 2. Wahlvereins. 5. Dezember.
- Selma Kosnick, Mitglied des Vereins der Schäftebanchen. 5. Dezember.
- Karl Voigt, Mitglied des Vereins Berliner Droschkentischer. 5. Dezember.
- Wilhelm Henze, Arbeiter, Mitglied des 6. Wahlvereins. 15. Dezember.
- Wilhelm Valentin, Arbeiter, Mitglied des 6. Wahlvereins. 15. Dezember.
- Pauline Dimnick, geb. Fuchs, Mitglied des Vereins der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruck-Schnellpressen. 20. Dezember.
- Max Richter, Maschinenmeister, Mitgl. des Maschinenmeister-Vereins „Gutenberg“ (Verband deutscher Buchdrucker). 20. Dezember.
- Walther Böhm, Töpfer, Mitgl. des Vereins zur Regelung u. s. w. der Interessen der Töpfer. 21. Dezember.
- Moritz Schloffer, Silberarbeiter, Mitgl. des Verbandes der Goldschmiede u. s. w. 24. Dezember.
- Richard Beyer, Mitgl. des sozialdemokratischen Vereins für Stralau-Nummelsburg und die Umgegend. 26. Dezember.
- Louis Piotrowsky, Mitgl. des Allgemeinen Vereins der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands. 26. Dezember.

Lokales.

Die juristische Sprechstunde wird heute von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Der historische Wandkalender für das Jahr 1895 ist der Nr. 1 unserer Blätter beigelegt worden. Diejenigen unserer Abonnenten, welche den Kalender noch nicht erhalten haben, wollen ihn sich von ihren Speditoren fordern.

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Nr. 1 vom Dienstag dieser Woche einen Bericht über die Volksversammlung in Nixdorf am letzten Sonntag. Dieser Bericht strotzt von der ersten bis zur letzten Zeile von Lügen und Verdrehungen. Auch nicht ein einziger Vorgang aus jener Versammlung ist den That-sachen entsprechend dargestellt. Unsere Genossen sind über den Verlauf der Nixdorfer Versammlung aus dem wahrheitsgemäßen Bericht in der letzten Nummer des „Vorwärts“ unterrichtet; der „Vossischen Zeitung“ können wir aber nur unser Mitleid ausdrücken, daß sie, um das Interesse ihrer Hintermänner aus dem Brauer-Ring zu decken, auf ein Niveau hinunter steigen mußte, auf dem sich sonst nur Revolver- und Schmutz-Blätter ordinärsten Kalibers bewegen. — Anschließend an vorstehende Erklärung wollen wir gleich eine andere damit zusammenhängende Angelegenheit erledigen. Veranlaßt durch den Lügenbericht der „Vossischen Ztg.“, wonach unser Genosse Singer in der Nixdorfer Versammlung gesagt haben soll: „Direktor Arendt von der Münchener Brauerei habe am dritten Feiertage mit der Kommission der Brauerei-Arbeiter eine Konferenz gehabt und habe jedem Mitgliede eine baare Unterstützung versprochen, wenn der Beruf noch bis Ostern dauert; speziell dem Brauerei-Arbeiter Schneider soll eine wöchentliche Unterstützung von 20 M. zugesichert worden sein“, erklärt Herr Arendt in der gestrigen Abendnummer der „Vossin“, daß jedes Wort dieser Behauptungen aus der Luft gegriffen sei. Wir sind in der Lage, die Angabe des Herrn Arendt im vollen Umfange bestätigen zu können. Die Darstellung, die der Bericht der „Vossischen Zeitung“ von der Rede Singers giebt, ist Produkt der freiesten Erfindung oder perfidesten Verdrehung. Unser Genosse Singer hat mit keinem Worte einer Konferenz Erwähnung gethan, welche am dritten Feiertage zwischen Direktor Arendt und der Kommission der Brauerei-Arbeiter stattgefunden haben soll. Singer erwähnte nur das allgemein erzählte Gerücht, daß Herr Arendt nach der letzten Brauerei-Arbeiter-Versammlung sich nach dem Lokale der Ausgesperrten begab und dort Bier zum besten gab. Singer frag, was Herr Direktor Arendt wohl in der Versammlung der Ausgesperrten und nachher bei Wiedemann zu thun hatte? Daß Herr Arendt jedem Mitgliede eine baare Unterstützung bis Ostern versprochen habe und daß er den Arbeiter Schneider eine wöchentliche Unterstützung von 20 M. zugesichert habe, ist weder von Genosse Singer noch von sonst einem Versammlungs-Mitglied ausgesprochen worden. Diese Angabe ist ganz und ausschließlich auf das Konto der Lügen des Berichterstatters der „Vossin“ zu setzen. Was Herr Direktor Arendt über seine Friedensliebe sonst noch der „Vossin“ mitzutheilen will, ist für unsere Leser ohne Bedeutung; dem genannten Herrn selbst können wir nur wiederholt versichern, daß seine Berichtigungen sich nicht gegen Neuerungen unseres Freundes Singer oder sonst eines Versammlungsbredners richten, sondern daß es sich dabei nur ausschließlich um Lügen handelt, die der Berichterstatter der „Vossin“ sich aus den Fingern geflogen hat.

Zum Schlusse wollen wir zum Ueberflusse noch richtig stellen, daß es Singer natürlich nicht im Traume eingefallen ist, zu erklären, er werde seine Stellung in der Partei niederlegen, wenn ihm das Salzwort als Referent abgeknitten würde. Singer erklärte, daß er in diesem Falle die Versammlung verlassen würde, diese aber dachte nicht daran, den persönlich zugesprochenen Antrag anzunehmen; nicht zwei Duzend Hände erhoben sich dafür.

Von der Schamlosigkeit, mit der die Kassierinnen der Lokale, in denen unsere staatsfeindlichen Elemente sich amäffeln, zum theil ausgebeutet werden, weiß ein Berichterstatter folgendes zu erzählen: Nicht bloß keine Befolgung wird den Mädchen gewährt, nicht bloß schlechte Bezahlung, so daß die bedauernswürthen Geschöpfe sich die Frühstücks- und Mittagsportionen von den Gästen erbetteln müssen; die Wirths belegen theilweise ihre Kassierinnen noch mit einer Steuer, die täglich eingezogen

wird. Wie von mehreren Seiten übereinstimmend versichert wird, muß in manchen Lokalen jede Kellnerin das ihr verabreichte Wäschgeld, mit dem Tische und Stühle nach der jedesmaligen Benutzung gesäubert werden, mit 5 Pf. täglich bezahlet, außerdem aber noch 20 bez. 25 Pf. täglich „für Reinmachen“ entrichten. Das macht ja 9 M. auf den Monat. Wenn man bedenkt, wie die Mädchen im Hinblick auf die drohende Beschäftigungslosigkeit schon durch die Launen der Firtze und oft durch die Jährlichkeit der Gäste zu leiden haben, so kann man die Bestenuerung unabhängig von der Einnahme nicht ohne Grund als unbillig betrachten. Die Kellnerinnen sind aber fast vogelfrei, insofern sie schwerer anderweit Stellung finden; darum müssen sie sich alles bieten lassen.

Man wird es bedauerlich finden, daß derartige Wirthe nicht mit ihren Namen an den Pranger gestellt werden. Aber freilich, was soll das helfen? Die Klassenbewusste Arbeiterschaft kann diese Ausbeuter nicht beeinflussen, sowohl weil ihr die Mittel fehlen, in Lokalen mit Damenbedienung zu verkehren, als auch, weil sie sich eine bessere Unterhaltung weiß, als sie die üblichen „Ederge“ mit den armen Kellnerinnen bieten. Und die Bourgeoisie? Diese, als Ausbeuter gewöhnt, wird sich den Teufel darum scheeren, ob die „Damenbedienung“ bis aufs Blut ausgelesen wird. Könnten sich doch durch eine Besserstellung ihrer sozialen Verhältnisse die Kellnerinnen vielleicht gar veranlaßt fühlen, etwas weniger freundlich mit den Gästen zu thun.

Eine Sitzung der Stadtverordneten wird in dieser Woche nicht abgehalten.

Die Schmerzen des treuen Staatsbürgers loden sich wieder einmal in der „National-Zeitung“ aus. Das Blatt jammert: „Das neue Jahr kauft mit einer polizeilichen Rücksichtslosigkeit gegen das Publikum an die Traditionen des alten an.“ Am Neujahrstage fand wieder eine mehrstündige Absperrung des Opernplatzes und der anstehenden Plätze von der Kaiser Wilhelmbrücke bis zum Denkmal Friedrichs des Großen statt, welche sich auf alle Zufahrtsstraßen von beiden Seiten erstreckte. Veranlassung scheint die Paroleausgabe im Zeughaufe gewesen zu sein, doch kann es nicht mit Bestimmtheit behauptet werden, da diesmal sogar die vorausgehende öffentliche Bekanntmachung unterließ, so daß man sich auf die unerwarteten Störungen nicht vorbereiten konnte. Die Absperrungen fangen an geradezu unerträglich zu werden, an Feiertagen wie an Werktagen, und in weitesten Kreisen tiefe und dauernde Verstimmung hervorzurufen. Die Straßen Berlins gehören den Berlinern. Dieser Grundlag wurde seitens der Polizei zu Lebzeiten Kaiser Wilhelms I. anerkannt. Es ist Zeit, daß zu diesen Anschauungen zurückgekehrt wird.

Die „National-Zeitung“ sollte sich doch hüten, jezt bei ihrer politischen Stellung rabiöt zu werden und am Ende gar Material zu den „Unsturzmotiven“ zu liefern.

Den Parteigenossen des Wedding und der Oranienburger Vorstadt diene zur Nachricht, daß die Kommission es dem Belieben der Abonnenten überläßt, den „Vorwärts“ und die Parteiliteratur entweder bei Stolzenburg, Wiesenstr. 14, oder bei Weise, Legelstr. 46a, zu bestellen. Die Parteigenossen werden im übrigen nochmals aufgefordert, den Parteibeisatz vom 13. v. Mts. zur vollen Durchführung zu bringen. Möge sich niemand durch persönliche Gründe und private Interessen beeinflussen lassen! Pflicht eines jeden Genossen ist es, mit ganzer Kraft Abonnenten für den „Vorwärts“ zu sammeln und die Aufträge unserer Expedition zu sichern.

Es versteht sich, daß die kleinen Verzögerungen, die etwa hier und da am Neujahrstage vorgekommen sind, bald beseitigt werden. Die wenigen Abonnenten, welche den „Vorwärts“ an diesem Tage nicht ganz so pünktlich wie sonst erhalten haben, werden dies mit der ersten Unsicherheit in der Bestellung zu entschuldigen wissen. Für die Kommission: Der Vertrauensmann F. W. Schönlank.

Die Sylvesternacht ist in Berlin recht still und ruhig verlaufen. — Unter den Linden und in der Friedrichstraße ging die Polizei gegen den dort herrschenden Neujahrstrubel mit fester Hand vor; der Sperrungsbezirk war bedeutend vergrößert und umfaßte Unter den Linden die Straße von der Charlotten- bis zur Friedrichstraße, — dann die Friedrichstraße bis zur Behrenstraße und zeitweise auch die von der Friedrichstraße abzweigenden Straßenzüge. — Nahaubrider feiner und grober Couleur waren in dieser Gegend fast gar nicht erschienen und als eine Anzahl Kowdies gegen 1 Uhr Nachts einen Vorstoß zum Unstuzmachen veranlaßten, griff die Kriminalpolizei durch Verhaftungen sehr thätig an. — Infolge dessen ist die Zahl der Sektirten in diesem Jahre viel größer als im Vorjahre und beträgt weit über 100 Personen gegen 40 in der Sylvesternacht 1893. — Um 1/2 Uhr Morgens konnte der größte Theil der Schulleute zurückgehoben werden. — In den übrigen Stadttheilen war der Sylvestertrubel ein so harmloser, daß nur in einigen Fällen Verhaftungen vorgenommen wurden.

Ein „Missverständnis“. Die Direktion der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft hat bekanntlich zu Neujahr ihre zahlreichen Abonnenten mit einer Maßregel überhäuft, welche für uns nur ein neuer Beweis war für jene unerhörte Rücksichtslosigkeit, mit welcher das Publikum erfahrungsgemäß von ihr unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt der Dividendenjagd behandelt wird. Bei dieser neuesten Schröpfung des Publikums für die Taschen der Dividendenjäger war aber gar zu plump den Abonnenten die Pistole auf die Brust gesetzt worden, so daß jezt folgender Wäschettel die Kunde durch die bürgerlichen Blätter machen muß:

Die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft hat ihren Abonnenten mit dem von 1. Januar 1895 gültigen Bedingungen ein Verzeichnis der vorräthigen Monatskarten nebst Preisangabe ausgehändigt, welches letztere bei vielen Abonnenten die Meinung erweckt hat, es würden nunmehr überhaupt nur noch Zeitkarten der in diesem Verzeichnis aufgeführten Strecken ertheilt. Diese Meinung ist nicht zutreffend. Das Verzeichnis enthält die erfahrungsgemäß im wesentlichen verlangten und deshalb zur schnelleren Abfertigung der Abonnenten vorräthig gehaltenen Zeitkarten. Außer diesen werden auch Monatskarten für Strecken ertheilt, welche wie früher aus fahrplanmäßigen 15 Pfg. und 10 Pfg.-Theilstrecken zusammengesetzt werden. Die Preise der Zeitkarten sind nicht verändert worden.

Gegenüber diesem lässlichen Versuch, die berechtigten Enttäuschungen der über Nacht über-raschten Abonnenten als irrthümlich hinzustellen, wollen wir einfach die Thatsache konstatieren, daß im Bureau der Gesellschaft die Ausstellung bisher denutzer Linien rundweg verweigert und auf das Verzeichnis der Strecken mit bekannter Höflichkeit verwiesen worden ist; nur die Verlängerung der augenblicklich benutzten Linien wurde zugestanden. Und außerdem hat die Direktion schwarz auf weiß in § 2 der Ueber-raschungs-Statuten ausdrücklich die Gewöhnung anderer Strecken als der im Verzeichnis aufgeführten in ihr Ermessen gestellt, also nicht als Recht anerkennt, sondern als Gnade von ihrer Laune abhängig gemacht. Wären unsere bürgerlichen Intendanten den Aktiengesellschaften eben nicht aus Gnade und Ungnade hin ausgeliefert, sie ließen sich durch ein so dummdreistes Dementi nicht den Mund stopfen.

Das im Grunde lässliche Stück der monopolistischen Anmaßung bleibt bestehen. Wer heute eine Aenderung der bisher benutzten Strecke vornahm oder sich von diesem „Missverständnis“ ver-gewaltigen ließ, mußte eine neue Karte mit Umschlag lösen und dafür eine Mark bezahlen. Ohne diesen Umschlag ist das Billet wertlos, die Fahrt unzulässig. Diesen Umschlag — im Werth von vielleicht 20 Pf. — bezahlt mit einer Mark — überläßt die Gesellschaft den Abonnenten aber nur leihweise; wer krank oder sonst drei Monate verhindert wird, sein Abonnement zu erneuern, muß eine neue Karte lösen und auf alle Fälle den

Umschlag zurückgeben, sonst läuft er Gefahr, noch wegen Unter-schlagung bestraft zu werden.

Er hat zwar für den Umschlag sich durch die Gesellschaft eine Mark abnehmen lassen — nicht als Bezahlung, sondern als Leihgebühr —, und wenn der Umschlag durch Ver-brauch abgenutzt ist, muß er abermals eine Mark be-zahlen, denn im § 11 steht ausdrücklich, daß bei Er-neuerung der Kosten der Umschlag nicht ausgetauscht wird. Rechnen wir, daß die Pferdebahngesellschaft zehntausend Abonnenten hat, so macht der Profit für diese Aufstockerung der Karten allein bei unserer günstigen Preisannahme 8000 M. Und dazu schweigt die gutgeleitete Presse. Werden auch Polizeipräsident und Magistrat als vorgefehete Behörde schweigen? Oder soll im Zeitalter der Unsturzvorläufe, die das „Eigenthum“ zu schützen berufen ist, der Angriff mächtiger Monopolgesellschaften auf das Eigenthum wehrloser Abonnenten ausdrücklich privilegiert werden?

Vielleicht bringen unsere Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung diese Dinge zur Sprache. Vielleicht haben sie dabei Gelegenheit, feststellen zu lassen, wer von den Magistratsräthen und Stadtverordneten zugleich auch Aktionär der Pferdebahngesellschaft ist und daher bei Behandlung dieser Frage als Interessent von einer Beschlußfassung entbunden ist. Im Interesse des großen Publikums wäre eine solche Klarstellung, wenn möglich, sehr dankenswerth.

Der Haltepunkt Siedende an der Berlin-Rosener Eisen-bahnstrecke wird am 13. Februar aufgehoben. Dafür wird an dem Kreuzungspunkte dieser Strecke mit den beiden Kreisbahnen Mariendorfer-Siedende-Steglich und Tempelhof-Banwitz ein neuer Haltepunkt „Mariendorf“ für den Personen- und Gepäckverkehr eröffnet.

Der Gendarm Höppler aus Kirdorf soll zur Zeit, wie die „Staatsbürger Zeitung“ meldet, im Vater Philipp eine Arreststrafe im Militärarrest verbüßen. Die Höhe dieser Strafe und die Ursache, weswegen sie verhängt worden, wird von dem Blatt nicht genannt. Nach Verbüßung seiner Strafe soll der brave Gendarm oder weiter im Amt bleiben und in Kaudorf für Ordnung sorgen.

Ergriffen ist hier in Berlin der Postgehilfe Wil-helm Stapelfeldt, der nach Unterschlagung von etwa 11000 M. aus Hagenow flüchtig geworden war. Am Freitag Nachmittag gegen 4 1/2 Uhr betrat die Gastwirthschaft von Eduard Schumann in der Berstr. 15a ein junger Mann, der eine Handtasche mit sich führte und diese zur Aufbewahrung dort abgeben wollte. Gleichzeitig hatte er an die Wirthin das Ge-suchen gestellt, ihm ein Nachtquartier einzuräumen. Als dies letztere abgelehnt wurde, suchte der Fremde einen Gasthof in der Invalidenstr. an. Im nächsten Tage hatte sich der junge Mann völlig neu gekleidet, als er wiederum bei Schumann ein-trat; er schenkte seinen alten Ueberzieher einem Zeitungsvertheiler Wilhelm Grunert. Nunmehr nannte er sich Willi Bär, wollte der Sohn eines Kapitäns und bei Gerichten in Mecklenburg beschäftigt gewesen sein. Er sei auf eine Urlaubreise nach Magdeburg begriffen. Als am Sylvester-abend die Zeitungen erschienen, war der junge Mann gerade wieder bei Schumann anwesend, als der Wirth die Notiz über die Flucht Stapelfeldt's las. In der sicheren Annahme, daß er den ungetreuen Postbeamten vor sich habe, holte er vom vierten Polizeirevier den Kriminal-Schumann Jupp herbei. Beide unter-suchten die im Nebenzimmer aufbewahrte Handtasche des ange-blichen Bär und fanden darin einen noch nicht geöffneten Brief über 5000 Mark, einen solchen über 2000 Mark und einen dritten mit 200 Mark vor. Jezt war es zur Gewissheit geworden, daß man den Durchgänger vor sich hatte. Stapelfeldt wurde jezt festgenommen und legte den Beamten auf dem Wege nach der Wache ein Geständniß ab. In seinem Besitze befanden sich noch 1100 M. in Papiergeld und noch andere Baarmittel, so daß von der unterschlagenen Summe 10200,02 Mark gerettet worden sind. Die in Höhe von 760 M. ausge-sprochene Belohnung dürfte dem Gastwirth Schumann zufallen.

Ueber die seltsame Entführung eines Kindes berichtet die „Kreuz-Zeitung“ aus Kopenhagen, daß die dortige Polizei seit einiger Zeit auf der Suche nach Druffen gewesen ist. Der Mann, der sich als Redakteur oder Herausgeber des deutschen Anstaltsblattes „Das Atelier“ bezeichnet und sich Kopenhagen nannte, hat ein kleines Mädchen von sieben Jahren, die Tochter eines hochstehenden Polizeibeamten in Berlin (nach anderen Angaben in Dresden), entführt. Wie diese fonderbare „Ent-führung“ bewerkstelligt wurde, ist noch nicht aufgeklärt; soweit bekannt, soll Kopenhagen, der mit der Familie des Kindes be-kannt war, es ohne Gewalt mit sich gelockt haben. Was er mit dem Kinde beabsichtigt hat, ist noch ein Räthsel. Freitag wurde er verhaftet und er erzählte gleich, daß er mit seinem „kleinen Mädchen“ sechs Wochen in Kopenhagen gelebt habe; eine Aussage, die von anderer Seite bestätigt wurde. Kopenhagen scheint hier ohne besondere Geldmittel angekommen zu sein, aber er hat sich verstanden, sich bald die nöthigen Mittel zu verschaffen. Er hat sich bald an diesen, bald an jenen Wild-hauer und Maler gewandt und diesen seine Karte ausgehändigt, wonach er Redakteur des Blattes „Das Atelier“ ist, und hat er-zählt, daß er aus Deutschland wegen Majestätsbeleidigung aus-gewiesen sei. Daraus hat er den Gewasführten zu verstehen ge-geben, daß er während seines Aufenthaltes in Kopenhagen seinem Blatte Korrespondenzen über dänische Kunst senden würde, und im Laufe der Unterredung hat der gewandte Fremde einige Bemerkungen darüber eingeschaltet, daß er auf Grund seiner plöthlichen Aus-weisung und unter den für ihn ganz fremden hiesigen Verhältnissen mit nicht geringen pekuniären Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Das Ende der Geschichte war, daß er bei den betreffenden Künstlern eine „Anleihe“ machte. Bei einigen, wo er höflich abgewiesen war, kam er wieder und brachte sein kleines Mädchen mit; in einigen Fällen sind die Herzen der betreffenden Künstler erweicht worden durch den Anblick des kleinen, ungewöhnlich hübschen und sei-neliebenden Kindes, das er natürlich als seine Tochter vorstellte. Kopenhagen hat außerdem Hotelwirths und Pensionsdamen grüßlich angeschwändelt. Als er in einem Pensionat in Nørrebro gefast wurde, erklärte er, er sei Redakteur des Blattes „Das Atelier“, räumte aber zugleich ein, daß die Geschichte von der Majestätsbeleidigung und Ausweisung eine Erfindung sei. Er tritt übrigens der Polizei gegenüber mit einer gewissen Dreistig-keit auf. So ließ er u. a. die Bemerkung fallen, daß er „niemals so dumme Menschen gekannt habe, wie die dänischen Künstler“.

Otto Erpel ist festgenommen worden. Ein Wolff'sches Telegramm bringt über die Verhaftung des Verbrechers folgende Mittheilung des „Grosseren Wochenblattes“: Der wegen Ver-dachtes der Ermordung des Nachwächters Ziegler in Wilsensee verfolgte Schiffer Otto Erpel ist gestern hier dingfest gemacht worden, als er mit zwei Komplizen, seinem Bruder und Müller, die beide wegen desselben Verdachtes verfolgt werden, einen Ein-bruch auf einen Oberlohn versuchte. Die Komplizen entflohen und werden verfolgt. Viele Diebstahlobjekte wurden beschlag-nahmt.

Ueber die am Neujahrstag wieder aufgenommenen Maß-nahmen theilt ein Berichtestatter mit: Mit Spürhunden wurde am gestrigen Neujahrstage nach dem jungen Erpel und Müller von der Berliner Kriminalpolizei aus gesucht. Unter Leitung der Kriminalkommissare Grünwacher und Braun wurde eine größere Abtheilung Berliner Kriminalbeamter, Reittener und Schutleute zu Fuß nach den östlichen Vororten entsandt und ein großes Reßtreiben, an welchem auch die Gendarmen, Amts-diener u. theilnahmen, wurde von Friedrichshagen einerseits, von Rüdowdorfer andererseits veranstaltet. Die Polizei-Spürhunde nahmen anfänglich von Kallberge aus eine Spur auf, dieselbe verlor sich aber bald im Walde. — Die Jagd war natürlich erfolglos. Dagegen wurde gestern früh, wie aus Erner mitgetheilt

wird, in den Kallbergen ein Mann verhaftet, welcher sich Otto Hingz nannte und der Erpel'schen Wunde Fehlerdienste geleistet haben soll. Bei O. wurden einige Uhren vorgefunden. Einer anderen Meldung zufolge reduzierten sich die „Spürhunde“ auf den mitgenommenen Hund des getödteten Wächters Ziegler.

Die Palsadern hat sich in der Neujahrnacht in einem Gasthofs der Friedrichstraße der 86 Jahre alte Kaufmann Emil Walthers geöffnet, der Hasenheide 85 wohnte. Man fand ihn am Neujahrsmorgen todt in seinem Zimmer. In einem an seinen Bruder hinterlassenen Briefe theilt er mit, daß er aus Nummer über die gerichtliche Scheidung von seiner Ehefrau seinem Leben ein Ziel gesetzt habe.

Mit einem schauerlichen Familiendrama hat das alte Jahr in Spandau abgeschlossen. Der Neue Bergstraße wohn-hafte Arbeiter Höppler schickte am Sylvesterabend seine Frau unter einem Vorwande zu seiner Schwägerin; während ihrer Abwesenheit mischte er ein Getränk mit Gift und veranlaßte seine beiden Kinder, ein Mädchen von fünf und ein Knabe von acht Jahren, davon zu trinken; er selbst genoss auch die Giftmischung. Als die Frau noch zwei Stunden zurück-kehrte, war die Thür von innen verschlossen. Nachdem mit Gewalt geöffnet worden, fand man den Mann und das kleine Mädchen bereits todt vor; der Knabe gab noch schwache Lebens-zeichen von sich und erzählte, nachdem er zur Bestimmung gekommen, was vorgegangen war. Nahrungsorgen infolge längerer Arbeitslosigkeit werden als Beweg-grund der verzweifelten That angesehen.

Aus anderen Orten, so aus Dresden neulich, war bekanntlich ebenfalls über Fälle zu berichten, in denen infolge von Nahrungs-orgen verzweifelte Familienväter nach dem Beispiel des Maler-meisters Seeger ihre Lieben und dann sich selber von der Qual des Elends gewaltsam erlösten. Entsprechend dem Fortschreiten unserer sozialen Ferkung mehren sich solche Tragödien. Will man auch dieser „Verwilderung“ mit Unsturzparagrafen bei-kommen?

Aus dem grünen Wagen entsprungen ist am Sylvester-abend gegen 9 Uhr ein wegen Diebstahls nach der Polizeiwache am Hühnerplatz eingelieferter Mann. Derselbe sollte zu dieser Zeit mit vier Genossen mittels des grünen Wagens nach dem königl. Polizeipräsidium überführt werden, sprang jedoch, als er einsteigen sollte, schnell vom Trittbrett hinunter und floh durch die Landberger- und Gollnowstraße bis nach dem Hause Land-wehrstraße 1. Mehrere Schutleute, welche die Verfolgung auf-genommen hatten, besetzten die beiden Eingänge des Grundstückes und nach längerer Durchsuchung des Gebäudes gelang es auch, den Flüchtling festzunehmen und in Sicherheit zu bringen.

Ein wuchernder Vereinsaffäre. Wegen Wuchers wurde am Freitag nachmittag der Kassenrentant des Vereins Berliner Restaurateure (Spar- und Darlehnskasse) Reinhold Stark aus der Waldemarstr. 19, wo er das Wirthshaus „Zum Teutoburger Walde“ inne hat, verhaftet. Wie verlautet, hat Stark an verschiedenen Personen, auch an gute Bekannte, Geld zu hohen Zinsen verliehen. Die Anzeige wird der Ehefrau des fest-genommenen zugeschoben, die mit ihrem Manne in Schreibung lebt. Die Privatbücher des Wirths sind am Montag mit Bes-schlag belegt worden. Die Vereinskasse ist von Stark nicht be-nutzt worden, die Bücher befinden sich in bester Ordnung, wie der Vorsitzende der Kasse mittheilt.

Ein trauriges Neujahr haben die Volkburg'schen Ehe-leute aus der Adlerstr. 149 gehabt. Ihr 16 Jahre alter Sohn Otto, der das Schneiderhandwerk erlernt hat, wurde am letzten vorigen Monats verunigt und alsbald als Leiche am Gartenufer aus dem Kanal gezogen. Die Eltern sind der Ansicht, daß bei dem jungen Burschen plöthlich Wahnstau zum Ausbruch gekommen sei. Vor etwa zwei Jahren sei Otto Volkburg infolge einer Gasexplosion von einer Leiter gestürzt und am Kopfe verletzt worden. Daraus habe sich allmählig Irrenstau entwickelt.

O weiche Luft, Soldat zu sein! Der Selbstmord eines Deserteurs vom Feldartillerie-Regiment General-Feldzeugmeister (1. Brandenburgisches) Nr. 3 in Brandenburg a. S. ereigte am Freitag Abend in Oranienburg Aufsehen. Vor dem um 9 Uhr 40 Minuten dort eintreffenden Vorortzug hatte sich in der Nähe der Bah'schen Fabrik plöthlich der Mann, der zuvor noch in einem Restaurant in der Bernauerstraße gesehen worden war, geworfen und wurde gräßlich verstimmt aufgefunden. Der Selbstmörder ist der zu Witschense, Kreis Bissa, geborene, am 2. Oktober 1863 als Delononie-Handwerker eingetretene Johannes Seidel. Am 1. Weihnachtstage hatte er sich ohne Urlaub aus seiner Garnison entfernt und wurde bereits mehrfach verfolgt.

Ein Rekrut des Königin Augusta-Regiments ist seit vorigem Freitag aus Spandau verschwunden. Man nahm erst an, daß er sich das Leben genommen habe, da man Kleidungsstücke von ihm am Havelufer vorkam. Der Fluß ist darauf abgesehen worden, und da man die Leiche nicht gefunden hat, so wird ver-muthet, daß der Rekrut desertirt ist.

Durch eine Schußwunde am Neujahrstage wurde eine Frau auf der Straße verwundet. Gegen 6 1/2 Uhr früh begab sich der Gärtler W. mit seiner Frau nach dem Stettiner Bahn-hof. Als beide durch die Adlerstraße gingen, kamen auf der anderen Straße zwei Stroche, die dem Ehepaar Frost Neujahr zuschrien. Die Eheleute antworteten nicht. Bald krachte ein Schuß; Frau W. empfand einen Schmerz im rechten Bein. Es ergab sich, daß sie eine Schußwunde hatte; doch hat der Arzt das Geschos nicht finden können. Die Frau nimmt an, daß einer der noch nicht ermittelten Stroche den Schuß abgefeuert habe.

Witterungsübersicht vom 2. Januar 1895.

Stationen.	Barometer (nach dem mittl. Bar. d. Meeresp.)	Windrichtung	Windstärke (Stala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) 10 U.
Ewinemünde .	760	SWB	1	halb bedekt	-2
Hamburg . .	761	SB	1	bedekt	-2
Berlin	761	WB	1	bedekt	-1
Wiesbaden . .	762	SW	—	bedekt	-3
München . . .	760	WB	14	Schnee	-0
Wien	758	WB	3	halb bedekt	-4
Haparanda . .	755	SW	—	bedekt	-6
Petersburg . .	758	SW	2	bedekt	-2
Cork	765	WB	6	halb bedekt	8
Aberdeen . . .	753	SB	2	halb bedekt	1
Paris	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Donnerstag, 3. Januar 1895. Etwas wärmeres, vorwiegend trübes Wetter mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 31. v. M. vormittags wurde am Garten-Ufer die Leiche eines jungen Mannes aus dem Landwehr-Kanal gezogen. — Vormittags fiel in einem Hause in der Post-strasse ein Mann beim Ordnen der Treppenläufer von der Treppe und verletzte sich so schwer, daß er bald darauf starb. — Nach-mittags fiel auf der Belle Alliance-Brücke ein Hausdiener beim Abheigen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdeabwaggen hin und erlitt mehrere Verletzungen am Kopfe. — Gegen Abend geriethen an der Stralauer Brücke ein Kellner, — und an der Ecke der Mühl- und Kleinen Alexanderstraße ein Tischler unter Fuhrwerke und erlitten schwere Verletzungen. Außerdem wurde in der Brunnenstraße einem Knaben durch einen Pferde-bahnwagen der rechte Fuß völlig zermalmt. — In der

Neujahrnacht drang eine Motte von Subaltern in das Garten-
straße 24 befindliche Schanklokal und bedrohte alsbald
die Frau des Wirtes derartig, daß diese aus Angst durch das
Fenster sprang, wobei sie ein Bein brach. Der Schankwirth ver-
theidigte sich, indem er mit Biergläsern auf die Angreifer und
deren vor dem Hause angeammelte Genossen schlug. Er verletzte
dabei mehrere Personen, von denen zwei besonders schwere Ver-
letzungen festgestellt werden konnten. — Am 1. d. M. morgens wurde
in der Anklamerstraße eine Frau durch einen von einem Un-
bekannten abgegebenen Schuß an der Wade bedeutend verletzt. —
In einer Klinik erlag sich nachmittags ein dort in Behandlung
befindlicher Mann mit einem Taschenmesser. — Abends fiel ein
Mann in der Leipzigerstraße beim Befahren eines in der Fahrt
befindlichen Pferdebahnwagens hin und brach ein Bein. —
Am 30. und 31. v. M. fanden neun, meist ganz unbedeutende
Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Ein Stück moderner Staatsraison zeigte sich in einer
Anklage gegen unmündige Kinder, die, wie die „Kreuz-Zeitung“
meldet, einen hiesigen Gerichtshof beschuldigt hat.

Zwei vierzehnjährige Kinder hatten vor dem Schaufenster
eines Geschäftes in der Gausstraße gestanden und waren in
den Verdacht gerathen, eine der aushängenden Schürzen, die zu
Boden gefallen und verschwunden war, gestohlen zu haben. Die
Kinder wurden, obwohl die verschwundene Schürze bei
ihnen nicht gefunden ward, nach dem Polizeibureau
und dann ins Untersuchungs-Gefängnis gebracht, von
wo sie am Sonnabend dem Gerichtshof vorgeführt
wurden. Wie der Staatsanwalt hervorhob, ist hier die
Untersuchungshaft nur dadurch gerechtfertigt worden, daß die
Eltern ihre Kinder völlig verwahrloset ließen und ihnen kaum
ein Obdach gewährten. Für ihre Schuld fand sich auch nicht
der mindeste Anhalt, so daß der Staatsanwalt selbst die Frei-
sprechung beantragte, der Gerichtshof erkannte demgemäß.

Ob die unglücklichen Kinder, die in der Freiheit schon des
Lebens Bitternis bis auf die Reize anzufühlen hatten, wohl mit
besonderer Dankbarkeit auf die Fürsorge zurückblicken, die ihnen
der Staat durch die Untersuchungshaft bereitet hat?

Der Fabrikant Löwenstein hatte am Suhtage seine
Komptoiristinnen beschäftigt. Im gestrigen Termine vor dem
Schöffengericht führte der Angeklagte aus, daß er deshalb straflos
sei, weil die Polizeiverordnung nur das Handelsgewerbe, nicht
aber das Fabrikationsgewerbe betreffe. Sein Komptoir müsse als
ein Theil seiner Fabrik angesehen werden, denn von dort aus
würde seine ganze Fabrik geleitet. Der Gerichtshof stellte fest,
daß die Geschäftsdamen am Suhtage nur mit Uebertragungen in
die Bücher beschäftigt gewesen waren. Der Staatsanwalt meinte,
daß diese Thätigkeit mit dem Fabrikbetriebe gar nichts zu thun
habe, er beantragte eine Geldstrafe von 15 M. Der Gerichtshof
hielt das beantragte Strafmaß für zu gering, das Urtheil lautete
auf 50 M. Geldstrafe.

Der Begriff der Zechprellerei wird neuerdings von den
Strafgerichten auch auf solche Fälle ausgedehnt, wo nicht fest-
gestellt worden ist, daß der Thäter, als er sich Speisen und Ge-
tränke verabfolgen ließ, keine Mittel zur Bezahlung besaß. Ein
Metallarbeiter, der während eines längeren Aufenthaltes in einer
Schankwirtschaft dem Wirth 140 Mark schuldig geworden war
und sich, obwohl er dem Wirth persönlich bekannt war, heimlich

entfernte, wurde später und nachdem er wegen der Zechschul-
den verklagt war und der Exekutor dieselbe beigetrieben hatte, wegen
Zechprellerei angeklagt und zu einer Woche Gefängnis verur-
theilt; allerdings war der 25 jährige Thäter zweimal wegen
Diebstahls verurtheilt.

Umstürzter Quibde. Gegen Herrn Dr. L. Quibde war
wegen seines im „Orpheum“ gehaltenen Vortrages über den
Kampf gegen den Umsturz zu Grund des § 180 und dann auf
Grund des § 111 alinea 2 Untersuchung eingeleitet worden,
welche nunmehr jedoch wieder eingestellt wurde.

Die Frage, ob in dem gewerbmäßigen Verkauf von
Theaterbillets an Sonntagen ein Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen, betreffend die Sonntagsruhe, zu erblicken sei, be-
schäftigte am 31. v. M. das Kammergericht. Eine Frau Abele
aus Frankfurt a. M. pflegte Sonntags nachmittags gerade zur
Zeit der Sonntagsruhe Billets für das dortige Schauspielhaus
zu verkaufen und zwar in ihrem Laden mit Einwilligung der
Direktion des in Frage kommenden Theaters; der Nutzen der
Verkäuflerin belief sich auf 20 Pf. für jedes Billet. In diesem
Billetverkauf zur Zeit der Sonntagsruhe erblickte die Behörde
einen Verstoß gegen die erlassenen Vorschriften, betreffend die
Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und behauptete, daß sich der Billet-
verkauf als ein Handelsgewerbe darstelle, daher während der
Sonntagsruhe nicht ausgeübt werden dürfe. Gegen ein Straf-
mandat beantragte Frau Abele erfolgreich gerichtliche Ent-
scheidung und bestritt, daß ihr Billetverkauf als Handelsgewerbe
anzusehen sei. Sowohl das Schöffengericht, als auch die Straf-
kammer sprachen die Angeklagte frei, da ein Handelsgewerbe
nicht vorliege. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Revision
beim Kammergericht ein; das Kammergericht wies jedoch die
Revision als unbegründet zurück, da aus den in Frage kommenden
gesetzlichen Bestimmungen nicht zu entnehmen sei, daß der Billet-
verkauf als Handelsgewerbe erachtet werden müsse.

Vermischtes.

Der Vorsitzende der Dredereigesellschaft „Athenäum“
in Budapest, Ludwig Ufer, Mitglied des hauptstädtischen
Municipalausschusses, wurde am Mittwoch von dem Buchdrucker-
gehilfen Kurucz, als er dessen Besuch um Unterthänigkeit zu lesen
begann, durch zwei Revolvererschüsse lebensgefährlich verletzt.
Kurucz erschoss sich nach der That.

Grubenunglück. Wie der Adnischen Zeitung aus Dort-
mund gemeldet wird, ist in der Nacht zum Dienstag der Schacht
der Zeche „Westphalia“ abgebrannt. Der Schaden ist noch nicht
zu übersehen.

In London brach am Mittwoch Vormittag in einer Wasch-
anstalt in der Edgar-Straße Feuer aus, wobei fünf Mädchen,
ein Mann und eine Frau das Leben einbüßten.

Schiffsunfälle. Aus Londonderry wird von Dienstag be-
richtet: Der Dominiondampfer „Sarcina“, welcher, wie am
28. Dezember gemeldet wurde, von dem Dampfer „Anchoria“
hilfsbedürftig angetrossen war, jedoch des Sturmes wegen zurück-
gelassen werden mußte, passirte heute im Schlepptau eines Allan-
Dampfers die Toryninsel.

Freunden eines Urlaubers. Ein Sohn des Reichstags-
Abgeordneten Wilhelm Stolle ist Soldat und befand sich
während der Weihnachtsfeiertage auf Urlaub bei seinen Eltern.
Da aber unser Genosse bekanntlich einen Gasthof („Schönburger

Hof“) in Gesau besitzt, so ward dem Soldaten Stolle bei der
Urlaubserteilung eröffnet, daß er während der Zeit seines
Urlaubs im väterlichen Hause nicht die Gastzimmer und
nicht den Tanzsaal seines Vaters besuchen, sich vielmehr
nur in dem Wohnraume der Familie aufhalten dürfe. Ob sich
der junge Mann im sozialistisch durchseuchten Hause seines Vaters
die Festtage daher sozialistisch unbeeinträchtigt vorzunehmen
kann, wissen wir nicht. Offenbar führt die Verhängung des Militär-
verbots über Wirthschaften und Geschäfte zu den ungleichlichsten
Situierungen. — Ueber eine größere Anzahl Wirthschaften in
Glauchau, in denen angeblich Sozialdemokraten verkehren, ist un-
längst das Militärverbot ausgesprochen worden. Die vom Ver-
bot Betroffenen dürften nicht viel Nachtheil davon verspüren, da
sich nur wenig Soldaten in der Stadt zeigen und Glauchau gar
keine Garnison hat.

Reichstreuer Statklub — aufgelöst! Dem „Reichen-
Tageblatt“ zufolge ist auf behördliche Veranlassung in
der vergangenen Woche der Statklub in Neumar-
t (Sachsen) aufgelöst worden, da solcher keine Statuten
eingereicht hatte und im Verdachte stand, zu politisieren.
Derselbe hatte jeden Dienstag seine Zusammenkunft und „Kaffe-“
im Bahnhofsrestaurant seinen Stat. Die betreffenden Statler
sind ob dieser Suspension nicht wenig überrascht, da sie sämtlich
gute reichstreue Beamte sein wollen. Der behördliche
Mißgriff hat die reichstreuen Statler aber so determinirt, daß
sie die vorhandene Kaffe allsogleich unter die Mitglieder ver-
theilt haben. Die Statler werden wohl künftig das Sprich-
lein singen:

„Halten wir uns alle Zeit
Von der Politik recht weit,
Denn man sieht die Folge rund:
Man wird schleunigst — ingespund.“

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl)
anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde wird heute von 7 1/2 bis
8 1/2 Uhr abgehalten.

W. J. Helmstedt. Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, Berlin,
Markgrafstr. 62.

W. R. Wittenberge. Sonst gut — nur viel zu lang.

Brohl. Sie müssen die Personen, die den Festabend an-
gemeldet haben, schon persönlich ansprechen und sie event. gericht-
lich haltbar machen. Wir können uns in diese private Sache
nicht hineinmischen.

Aug. Sch. in Hannover. Auch jetzt ist bei uns keine
Balanz. Ihren Brief haben wir dem Parteivorstande über-
mittelt.

W. M. J. Ihre Frage läßt sich schwer beantworten. Als
relativ beste Weltgeschichte gilt immer noch die von Schloffer.
Das von ihnen angeführte Werk kennen wir noch nicht genau
genug, um es auf seinen Werth beurtheilen zu können. Liegt es
komplett vor, so wird der „Vorwärts“ eine gewissenhafte Rezension
bringen.

W. S. 100. Warum sollte das nicht von Nutzen sein?
Lassen Sie sich den Katalog der Buchhandlung des „Vorwärts“
kommen.

W. A. Fragen Sie bei Herrn Borgmann, Pappel-
allee 2, an.

E. Seifert. Fragen Sie im Lokal Blumenstr. 33 nach.

Für den Inhalt der Inserate über-
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keine Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 3. Januar.
Opernhaus. Die Afrkanerin.
Schauspielhaus. Der gebrochene Sieg-
fried. Siegfried's Tod.

Deutsches Theater. Die Katalomben.
Festung-Theater. Chismonda.
Berliner Theater. Der Kompagnon.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Orpheus.

Heldens-Theater. Der Unter-
präpekt. Vorder: Villa Vieliebchen.
Schiller-Theater. Prinz Friedrich
von Homburg.

Neues Theater. Der kleine Mann.
Theaterunter den Linden. Voccaccio.
Fellenkianze-Theater. Die Ga-
loschen des Glücks.

Central-Theater. O! diese Berliner.
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles
Corps.

Alexanderplatz-Theater. Die
Wucherer von Berlin.

National-Theater. Undine, die
Fürstin der Wellen.

Reichshausentheater. Spezialitäten-
Vorstellung.

American-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.

Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.

Parodie-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Undine, die Fürstin der Wellen.

Großes Lustspielstück mit Gesang
in 4 Akten und einem Vorspiel von
Wolffheim. Neu bearbeitet von Dr. Ed.
Jacobsen. Musik von G. Michaelis.

Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Abonnements-Billets, Wochentags
giltig, sind in den Kassisten der
freien Volksbühne zu haben.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!
Die Kiesen des dunkeln Erdtheils:

Die Dinka,

40 Männer, Frauen u. Kinder.
Das schockige Mädchen Mariotta.

Weihnachts-Ausstellung

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstraße.

Donnerstag, den 3. Januar, Abends
8 Uhr: Prinz Friedrich von
Homburg.

Freitag, den 4. Januar, Abends
8 Uhr: Prinz Friedrich von
Homburg.

Sonnabend, den 5. Januar, Abends
8 Uhr: Des Meeres und der
Liebe Wellen.

Sonntag, den 6. Januar, Abends
8 Uhr: Krieg im Frieden. Nachm.
3 Uhr: Des Meeres und der
Liebe Wellen.

Dichter-Abende im Bürgerkaal
des Rathhauses, Abends 7 1/2 Uhr:
Biehendorf-Abend.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Zum 123. Male:

O, diese Berliner!

Große Posse mit Gesang und Tanz
in 6 Bildern von Julius Freund.
Musik von Julius Gindshofer.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen:

O, diese Berliner!

Adolph Ernst-Theater

Auftreten der Grottesktänzerin
Miss Rose Batchelor

vom Prince of Wales-Theater in London.
Zum 8. Male:

Ein fideles Corps.

Große Gesangsposse mit Tanz! Nach
dem englischen „A Gaiety Girl“ von
Jonas Sidney, frei bearbeitet von
Eduard Jacobson und Jean Kren.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Infolge des großen An-
drangs bleibt die Kasse von Vor-
mittags 10 Uhr ununterbrochen
geöffnet.

Passage-Panopticum.

Neu! Neu!
I.

Prof. Frdr. Schwinge's
Wandernde
Lichtbilder.

II.
Das Lied
von der Glocke

in 15 lebenden Bildern
mit transparentem
Hintergrund.

Musik von Romberg.

Der Meister: Rob. Biberti

vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

Unter den Linden 21.

Jeden Sonntag
Nachmittag

Orientalische Ali-Familienvorst. u.
Zauber und Bey's
Wunder.

Täglich Anfang 7 1/2 Uhr.

„Sanssouci“

Sottbuserstraße 4a.
Donnerstag, 3. Januar:

Stettiner Sänger

(Meysel,
Pietro,
Britton,
Eberius,
Steidl,
Röhl und
Schradler).
Anf. 8 Uhr.

Entree 50 Pfg.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).

Son nun an jeden
Donnerstag
Sonntag

Sanssouci.

Circus Renz

Carlstrasse.
Donnerstag, den 3. Januar,
Abends 7 1/2 Uhr:

Große Extra-Vorstellung.

Besonders hervorzuheben: Blondel,
ostpreuß. Hengst. (Original-Dressur.)
Hierauf Monstre-Tableau von 80 der
edelsten Freizeitspferde, dressirt und
vorgeführt vom Direktor Fr. Renz.
Liberator, ostpreuß. Hengst, in der
hohen Schule geritten von Herrn
Renz. Great Hurdle Race. Vor-
zügliches Aufstreiten des unerschrockenen
Hand-Equilibristen Mr. Jules Keller.
Mr. Wassilliams, Jockey, Auftreten des
beliebten August Mr. Lavator Lee,
sowie der vorzüglichen Clowns Gebrüder
Villard u.

Tjo Ni En.

(Beim Jahreswechsel in Peking).
Neue Musikstücke. Poa ma
(großes Pongspringen).
Morgen, Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung. Letztes
Aufstreiten des unerschrockenen Hand-
Equilibristen Mr. Jules Keller. Tjo
Ni En.

Fr. Renz, Kommissionsrath.

Art. Dr. Hoff, Linden-
straße 149, 8-10, 5 bis
7, Sonntags 8-10 Uhr. 1875L

Todes-Anzeige.

Hiermit zur Nachricht, daß am 1. d. M.,
Nachm. 3 Uhr, der Tod uns unsere innig
geliebte Tochter Alara im Alter von
7 Jahren entrißten hat. Beerdigung
findet Freitag, Nachmittags 4 Uhr, vom
neuen Schöneberger Kirchhof, Max-
straße, aus statt. Um Alles Beileid
bitten die tiefbetrübten Eltern

2011b Ernst Kurich und Frau.

2010b

Für die vielen Beweise herzlicher
Theilnahme und reicher Transpande
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes, unseres guten Vaters Hei-
rich Piepenhagen sagen wir allen
Freunden, Bekannten, Verwandten und
Kollegen, sowie der Firma Siemens u.
Hülse und dem Maschinenpersonal
unseren herzlichsten Dank.

Wittwe Piepenhagen nebst Kindern.

2014b

Allen Freunden und Bekannten für
die herzliche Theilnahme bei der Beer-
digung meines lieben Mannes sage ich
hiermit meinen innigsten Dank.

Marie Veyer, geb. Müller.

2012b

Allen Kollegen, Freunden und Be-
kanten, dem Gesangsverein, welcher
meinem verstorbenen Sohne, dem Töpfer
Louis Petrowsky, die letzte Ehre er-
weisen haben, sage hiermit meinen tief-
gefühltesten Dank.

Frau Petrowsky, Niddorf,
Sersurthstr. 1.

Danksagung.

Allen Freunden und Kollegen, beson-
ders dem Gesangsverein S. L. & Co. für
die liebevolle Theilnahme am Begräbniß
meines lieben Mannes, des Weisgerbers

Paul Riedel,
den herzlichsten Dank.

2017b

Die trauernde Wittwe, Bruder und
Schwager.

Nur noch kurze Zeit!

Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer.
Texas Jack's American
Prairie Life-Show.

Täglich, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.

250/2

Den Gewerkschaften und Vereinen zur
Nachricht, daß der Gesangsleiter
Lewandowski, welcher auch als
Tanzmeister fungirt, nicht Mitglied
unserer Vereinigung ist.

Tanzlehrer-Verein „Solidarität“.
Der Vorstand.

2017b

Cosimäus fertigt von 10 M. an
Wittke, Modif. Orantenstr. 161.

Orts-Krankenkasse der

Strumpfwirker.

Da durch die Gewerbe-Depu-
tation, als Ausschichtsbehörde, der Kasse
die Kassendirekte der Orts-Krankenkasse
für das Bierbrauer-Gewerbe, vom
31./12. 94 ausgezungen worden sind,
so werden die Mitglieder hieron be-
nachrichtigt.

2018b

Die Letzte des Vereins der frei-
gewählten Kassendirekte leisten vorläufig,
außer dringenden Fällen, keine Hilfe.
Das Verzeichniß der Kassendirekte liegt
im Kassencollege aus.

Der Vorstand.

Im Verlag von
Hans Baake, Berlin S.,
City-Passage,

ist soeben erschienen und durch alle
Buchhandlungen, sowie durch die Post
zu beziehen:

Der sozialistische Akademiker.

12 Nummern Erg.-Form. pro Semester,
Preis: 1,50 M.

Arbeitsmarkt.

Musikinstrumenten- Arbeiter- Streik!

Die Kollegen der Piano-Fabrik von
Görs & Kallmann

haben infolge Mißregelungen und
Eohnforderungen die Arbeit nieder-
gelegt. Inzug ist strengstens fern-
zuhalten.

195/13

Die Lohnkommission.

Achtung, Tischler!

Zugung u. d. Rückenmöbel-Fabrik von
Oskar Springer,

Generalkstraße 8, Weiskensee,
ist unbedingt fern zu halten. 143/13*

Die Kontrollkommission.

Akademiker.

Akadem. gebild. Genosse (Nat.-Det.,
Rechts- u. Staatswissensch. — 10 Sem.),
literarisch bereits vielfach thätig ge-
wesen, dem Familienwirtschaftlichen Ver-
selbständigung wünschenswerth machen,
sucht baldmöglichst eine feine Bil-
dungsgang entsprechende Stellung im
Dienste der Partei. 1973b*

Genauere Auskunft auf Anfrage gern
ertheilt. — Gest. Off. an die Exped. d.
„Vorwärts“ unter „Akademiker“ erbeten.

Ramsfeld auf bessere Anbahnung
verl. Stein, Adalbertstr. 22. 31234*

Buchdrucker!

Sonntag, den 6. Januar 1895, Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr,
in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29:

Allgemeine Buchdrucker-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der in den vier allgemeinen Buchdrucker-Versammlungen gewählten Kommission über die bisher gezeichneten Schritte.
 2. Referat über die am 15. Oktober 1894 in den Berliner Dffizinen aufgenommene Statistik.
 3. Diskussion.
 4. Verschiedenes.
- Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen.

Les- und Diskutierklub „Südost“

Donnerstag, den 3. Januar 1895, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, beim Gen. Volksdorf:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht.
 2. Neuwahl des Vorstandes.
- Um recht rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Lederarbeiter!

Öffentliche Versammlung
aller in der Leder-Fabrikation beschäftigten Arbeiter
(als: Weißgerber, Lohgerber, Färber u. s. w.)
am Donnerstag, den 3. Januar 1895, Abends 8 Uhr,
im Viktoria-Garten, Badstraße 12.

- Tages-Ordnung:
1. Bericht der Vertrauensleute über die Frage der Lohnbewegung.
 2. Diskussion.
 3. Gewerkschaftliches.
- Die Berufsgenossen der Hegermann'schen Fabrik sind besonders eingeladen.
Der Vertrauensmann.

Tanzlehrer-Verein „Solidarität“

Freitag, den 4. Januar, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Schneider, Annonenstrasse 10:

General-Versammlung

- Tages-Ordnung:
- Rassenbericht. Bericht des Vorstandes. Neuwahl des gesamten Vorstandes. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.
- Der Vorstand.

Steinarbeiter Berlins u. Umg.

Sonntag, den 6. Januar, Vorm. 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Deigmüller, Alte Jakobstrasse 48a:

Große öffentliche Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Das Verdingungswesen.
 2. Berichterstattung des Delegierten von der Gewerkschaftskommission und Neuwahl desselben.
 3. Verschiedenes.
- Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann: J. Buchmann, Willibald-Meißstr. 30.

Achtung! Brauereiarbeiter.

Donnerstag, 3. Januar, Ab. 8 Uhr, in Keller's Festsälen,
Koppenstr. 29:

Gr. öfftl. Brauereiarbeiter-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Abrechnung der Agitationskommission und Neuwahl derselben.
 2. Die Lage der Opfer des Bierboikotts. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.
 3. Diskussion.
- Zur Deckung der Unkosten findet Kellerversammlung statt. Der Ueberschuss derselben fließt in die Kasse der ausgesperrten Brauereiarbeiter.
Recht zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.
Die Kommission der Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter.
J. A. N. Schüler.

LINOLEUM-RESTE, Wachstuchreste, Gummitischdecken, auch
Kunstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1.50 M. Reparatur
sokort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. (14756)

Halb und Halb.
Mampe mit
Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Berlin, Veteranenstr. 24.
Überall zu haben!

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1.50 M. Reparatur
sokort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. (14756)

Abreiß-Kalender, Oesterreichischer Arbeiter-Kalender 75 Pf.
(konfiziert gewesen), Berliner Arbeiter-
Kalender 15 Pf. empfiehlt
Th. Mayhofer Nachf., Sozialdem. Buchh.,
Berlin N., Weinbergsweg 15b.

Auf Knaben-Stoffanzüge
geübte Arbeiterinnen finden außer dem
Haufe dauernd lohnende Arbeit bei
G. Michaelis, Schauffestr. 128. (29/19).

Milchfädel, Rannen, Satten, Waage,
Siebe, Tafelwaagen,
Lampen, Rühlapparate, Buttermaschinen
Butterfädel, Drehrollen.
Jordan, Al. Marxstr. 28.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher
Neue Königstr. 59, vorn l., sollen über
100 Wirthschaftseinrichtungen, kurze
Zeit verließen gewesene u. neue Möbel
spottbillig verkauft werden. Ganze
Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M.
Theilzahlung gestattet. Beamten ohne
Anzahlung. Kleiderständer 15, Küchen-
spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M.,
Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen
18, Rughbaum-Kleiderständer 30, Stühle
3 Mark, hochseine Muschelspinden
40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-
schreibtische, Damenschreibtische 30,
Zylinderbureau, Schreibsekretäre 15
Mark, Garderobenspinden, Paneel-
sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M.,
Betten, Coulissentische, alles spott-
billig. Auch einzelne Gegenstände
werden zu Engrospreisen verkauft.
Empfehle allen Herrschaften, mein
größtes Möbellager Berlins zu be-
sichtigen u. sich von den staunend billigen
Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel
können bis April kostenfrei stehen
bleiben und werden durch eigene Ge-
spanne transportirt und aufgestellt.

In
**Roh-
Tabaken**
und **Utensilien** für
Cigarren-Fabrikanten
**!! billigster
Einkauf!!**
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Achtung!
Zahnerfabrik, auch Theilzahl., wöchentl.
1 Mark, G u e l l, Langfiger Platz 2,
Eisasserstr. 12.

Presskohlen,
anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche
gebend.
Preise pro Januar:
Marke Centrum I, 18 Ctm. lang 6,50 M.
Marke Centrum II, 16 Ctm. lang 5,50 M.
Senftenberger 18, 18 Ctm.
lang 7,-
Beste Senftenberger Marie II,
stärkeres Format, 18 Ctm.
lang 5,75
pro Tausend frei Keller mit Fuhrlohn
und Paden.
Probekohlen gratis frei Haus.
Frischeisen & Co.,
Muskauerstr. 4,
nahe Görlischer Bahnhof
2. Geschäft: Bergstr. 35a.
Unter den Linden 29.

Möbel- Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten u. im Möbel-
speicher, 13849
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
Dasselbst stehen täglich zum Verkauf:
neue gediegene Möbel zu außergewöhn-
lich billigen Preisen, gebrauchte und
verließen gewesene Möbel zu wahr-
haften Spottpreisen. Theilzahlung ge-
stattet. Kleiderständer 15, Küchen-
spinde, Kommoden 12, Sophas 15,
Bettstellen mit Matratzen 18 Mark,
Rughbaum-Kleiderständer, Vertikows 30,
Stühle 3, Muschelspinden 40, Tru-
meau 65, Paneelsophas 75, Plüsch-
garnituren 60 Mark, Herren-Schreib-
tische, Schreibsekretäre, Buffets, Kou-
lissentische, Spiegel, alles staunend billig.
Gekaufte Möbel können auf meinen
Lagerspeicher bis April kostenfrei
lagern und werden durch eigene Ge-
spanne transportirt und aufgestellt.

Neu eröffnet.
Louis Keller's Festsäle,
29, Koppenstrasse 29.
Grosser Festsaal 3000 Pers.
Oberer Festsaal 600
Kleiner Festsaal 300
mit großen behaglichen Nebenzimmern.
Im Tunnel: Grosses Vereinsräum,
3 vorzügl. Kegelhöhlen,
Tagesrestauration.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr
1894/95.

	Nord-Schule. Müllerstr. 179a.	Südost-Schule. Waldemarstr. 14.
Montag	Naturerkenntnis.	Volksthümliche Medizin.
Dienstag	Volksthümliche Medizin. (Erste Hilfe bei Unglücksf.)	Nationalökonomie.
Mittwoch	Nationalökonomie.	Geschichte (neueste seit 1848).
Donnerstag	Geschichte (Mittelalter).	Naturerkenntnis.
Freitag	Deutsch (Literatur).	Deutsch (Literatur).
Sonntag	Diskutir-Übungen.	Diskutir-Übungen.

Die Schulräume sind Abends von 1/8 Uhr an geöffnet (Sonntags
10—12 Uhr), um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, in dem außer-
ordentlich reichen Zeitungs-, Zeitschriften- u. Material zu studieren.
Der Unterricht beginnt um 1/9 Uhr und endet um 1/11 Uhr.
Die Theilnahme an der Lektüre und dem Unterricht steht Jedem, auch
Nichtmitgliedern an einem Abend im Semester unentgeltlich frei.
Für sämtliche Lehrlinge werden zu jeder Zeit neue Teilnehmer
(Damen und Herren) aufgenommen.
In größeren Lokalitäten werden in bestimmten Zwischenräumen
große Versammlungen abgehalten, in welchen wissenschaftliche
Thematika in volksverständlicher Weise behandelt werden.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt 25 Pf. monatlich. Das Unterrichtsgeld
beträgt monatlich für jedes Unterrichtsfach 25 Pf.; für den Sonntags-
unterricht wird kein Entgelt erhoben. Die Zahlung der Beiträge und Auf-
nahme neuer Mitglieder erfolgt an endstehenden Zahlstellen, deren je
eine auch in jeder Schule errichtet ist.

Die Zahlstellen sind folgende:

S.	N.
Schöning, Stallschreiberstr. 29.	Nordschule, Müllerstr. 179a.
SO.	Gnadt, Putzuserstr. 32.
Südostschule, Waldemarstr. 14.	Gleimert, Müllerstr. 7a.
Schulz, Admiralsstr. 40a.	Wernau, Rosenthalerstr. 57.
SW.	NO.
Grabe, Mariendorferstr. 5.	Mamlok, Barnimstr. 42.
Windhorst, Junferstr. 1.	NW.
O.	Vogtherr, Stephanstr. 29.
Tempel, Langestr. 65.	W.
55/8	Werner, Bismarckstr. 59.

Der Vorstand.
Die Bibliothek ist abendlich geöffnet und steht jedem Mitgliede
zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung.

Arbeiter-Bildungsschule

An unsere Schüler, Mitglieder und Freunde!
Der Unterricht beginnt in beiden Schulen
Südost, Waldemarstr. 14, Norden, Müllerstraße 179a
am Donnerstag, den 3. Januar, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Die Schüler werden ersucht, recht zahlreich wieder zu erscheinen.
Alle Genossen und Freunde, welche unsere geistigen, wissenschaft-
lichen und idealen Bestrebungen unterstützen wollen, werden ersucht, sich
unserer Schule anzuschließen, damit wir mehr und mehr gebildete Männer
und Genossen zum Kampfe gegen alle Finsternis ausbilden.
Genossen, deshalb auf zur Unterstützung der Schule, geistig wie
finanziell.
56/2
Der Vorstand.

Erklärung.

Nachdem nun der Boykott beendet, erkläre ich hiermit, daß ich die
zur Zeit von der Boykott-Kommission gestellten Arbeiterforderungen,
betreffs Lohnfrage, Arbeitsbedingungen, Arbeitsnachweis, die ich voll
und ganz erfüllt habe, auch nach Beendigung des Boykotts aufrecht erhalte,
ebenso den 1. Mai als Arbeiterfeiertag fernerhin anerkenne.
Zur Liefierung meines anerkannt guten Lager-, als auch
Münchener Bieres, halte ich mich zum Preise von 21 M. per Tonne
und der 21. Gratis-Tonne bestens empfohlen, erbitte Bestellungen direkt nach
meiner Brauerei.
Allen meinen Kunden, Gönnern und Freunden ein frohes,
gesundes Neues Jahr wünschend
Charlottenburg, den 1. Januar 1895.
Friedrich Reichenkron, Brauerei Carlsberg.
Telephon-Anschluß 83.

E. Werner's Restaurant,
17, Stallschreiberstr. 17
(nahe Alexandrinenstraße).
Gemüthl. Familien-Aufenthalt
Vorzügl. Speisen u. Getränke.
Kein Ringbier.
Vereinszimmer noch einige Tage frei.
Empfehle allen Freunden und Be-
kannten mein **Weiß, Sibirisch Bier**
und **gr. Speisegeschäft**. Reichhalt.
Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier
50 Pf. sowie Abendtisch à la carte
von 80 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit
Klavier für 20—50 Personen.
Kein Ringbier.
H. Stramm, Restaurant, Ritterstr. 123.
Wohr'sche künstliche Zähne sind
die besten und billigsten, von 1 M.
an unter Garantie der Brauchbarkeit.
Admiralsstr. 25. 2015b

**Wallstr. 82 (Ecke Neue
Köpenickerstr.)**
17195
Nur Güte mit Kontrollmarken.
Grosse Auswahl in Schirmen.
W. Wolff.

Möbel- Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen
von 200—1000 M. Theilzahlung ge-
stattet. Elegante Rughbaum- u. Maha-
goni-Kleiderständer u. Vertikows 30 M.,
einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit
Matratze 20 M.; Nachtoiletten, Küchen-
spinden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.;
Sophtische 6 M.; Säulen-Trumeau
65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.;
Paneelsophas 80 M.; Buffets, Silber-
schränke, Herren-Schreibtische, Schreib-
sekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel
(wenig gebrauchte) zu halben Preisen
und sollte es Niemand verkümmern, wer
gut und reell kaufen will, mein großes
Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel
werden bis April kostenfrei aufste-
hend, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik,